

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



„Parlem! – ¡hablemos!“ – Lasst uns reden: Demonstration in Barcelona am 8. Oktober 2017

- **Verfassungskrise in Spanien: Souveränitätsdenken blockiert sachlichen Dialog**
- **Vereinigte Rechtsextreme in Charlottesville: „Trump bringt unser Amerika zurück“**
- **Hamburg : Der G20-Sonderausschuss der Bürgerschaft hat seine Arbeit aufgenommen**
- **Ursachen des Wahlerfolgs und der Umgang mit der AfD**
- **Die Reformation – ein Weg in die Moderne**
- **Kalenderblatt: England 1833, das erste Gesetz gegen Kinderarbeit passiert das britische Parlament**

Ausgabe Nr. 10 am 12. Oktober 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Klagen gegen Verbot von links-unten.indymedia erhoben

Nach dem vereinsrechtlichen Verbot der Internetplattform linksunten.indymedia.org durch das Bundesinnenministerium (BMI) (vgl. Politische Berichte 9/2017, S. 2) haben die angeblichen Betreiber der Plattform beim Bundesverwaltungsgericht Klagen erhoben und beantragt festzustellen, dass die Verbotsverfügung des BMI vom 14.8.2017 rechtswidrig ist und aufgehoben wird. Eine Klagebegründung konnte noch nicht erfolgen, da das BMI die Akten bislang nicht herausgegeben hat. Es wird wohl einige Zeit dauern, bis die Akte ihrerseits von allen rechtswidrigen Bestandteilen befreit ist. Man darf gespannt sein, wie die dem Gericht und den anderen Verfahrensbeteiligten vorliegende Akte das Konstrukt eines Vereins zum Betrieb der Plattform belegen will sowie die Betreibereigenschaft der Betroffenen. Rechtsanwalt Sven Adam aus Göttingen, einer der Klägervertreter: „Aus den uns bislang vorliegenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, wie das BMI die Einordnung von linksunten-indymedia.org als Verein belegen will... Das Klageverfahren und die enthaltenen Akten-einsichtsanträge sollen daher auch dazu bei der Aufklärung der Frage dienen, ob das BMI das Vereinsrecht missbraucht, um sich eines unliebsamen Nachrichtenportals zu entledigen, welches selbst keine Straftatbestände erfüllt hat.“ Bestätigt sich die Auffassung der Kläger, dann müsste in Zukunft gegen einzelne möglicherweise strafbare Inhalte einer Internetplattform konkret vorgegangen und darüber gestritten werden, anstatt nichts zu tun und dann die ganze Plattform zu verbieten.

Michael Moos, Freiburg

Kommission kündigt europäische Arbeitsinspektion an

In seiner Ansprache zur Lage der Union am 13. September 2017 kündigte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Gründung einer europäischen Arbeitsinspektionsbehörde an. Konkrete Pläne sollen Ende 2018 vorgelegt werden. Aufgabe dieser Behörde soll es sein, die Zusammenarbeit nationaler Behörden wie Zoll und Gewerbeaufsichtsämter zu verbessern und die Arbeitsbedingungen mobiler Beschäftigter im europäischen Binnenmarkt besser zu kontrollieren sowie Sozialbetrug zu bekämpfen. Dazu gehört auch die Einführung einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsnummer.

Hintergrund ist die teils systematische Ausbeutung von Beschäftigten im europäischen Binnenmarkt, die sowohl durch

legale als auch illegale Schlupflöcher in der Gesetzgebung und mangelnder Zusammenarbeit der zuständigen Behörden möglich wird. Mit ihrem Vorstoß geht die Kommission auf Forderungen europäischer Sozialpartnerverbände aus der Bauwirtschaft ein, die hiermit, neben anderen Branchen wie beispielsweise dem Reinigungsgewerbe und der Landwirtschaft, besonders zu kämpfen haben. Die Gründung einer europäischen Arbeitsinspektion könnte ein wichtiger Schritt in Richtung fairer Mobilität werden, damit nicht nur Unternehmen, sondern auch Beschäftigte von den Möglichkeiten eines geeinten Europas profitieren können und um deren Rechte zu schützen. Zwar ist bisher nicht durchdekliniert, welche konkreten Funktionen diese Arbeitsinspektion haben soll und wie sie im Verhältnis zu bereits bestehenden Foren wie dem SLIC Netzwerk (Ausschuss hoher Arbeitsaufsichtsbeamter = Gewerbeaufsicht) und der Europäischen Plattform gegen Schwarzarbeit stehen wird. Sie bietet aber potentiell die Möglichkeit, die bereits bestehende Kooperation, das gegenseitige Lernen und die Entwicklung gemeinsamer Praktiken weiter auszubauen und zu vertiefen.

Stephen Schindler, Brüssel

Britische Regierung und Brexit

May in Florenz: „Ich möchte unseren Partnern keine Veranlassung zur Befürchtung geben, dass sie für den laufenden Haushaltsplan mehr bezahlen müssen oder weniger erhielten als Folge unserer Entscheidung, die EU zu verlassen. Großbritannien wird seine Verpflichtungen einhalten, die wir in der Zeit unserer Mitgliedschaft eingegangen sind.“ – So freuen sich zwar einige Banken auf bessere Geschäfte am Standort Frankfurt („40000 Stellen in London auf der Kippe“, „15 Banken wollen ihr Geschäft von London nach Frankfurt verlegen“, FAZ 1.9.), und der Standort Frankfurt sei gut aufgestellt im Vergleich zu den Konkurrenten Paris und Dublin. Der Verband der Auslandsbanken aber sieht die systemischen Folgen des Brexits eher kritisch für die Geschäfte der EU-Banken. Auch die britische und deutsche Industrie- und Handelsvereinigungen BCC und DIHK wollen schnelle Klarheit z.B. über Zölle nach einem Brexit, um schwerwiegende Verwerfungen zu vermeiden.

Nach der zweiten Verhandlungsrunde war klar, dass von britischer Seite konkretere Vorschläge kommen müssen zu den drei Basis-Fragen: (1) Status der EU-Bürger, auch mit Hinblick auf Gültigkeit der europäischen Rechtsprechung (EuGH); (2) Zahlungsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber der

EU; (3) Grenze zwischen Irland und Nordirland. Zu diesen Fragen hat sich Theresa May in Florenz geäußert, um aus der neuen Verhandlungsrunde am 9. Oktober mit handfesten Ergebnissen nach London zurückkehren zu können. Wirklich neu war, dass Großbritannien eine Übergangszeit von zwei Jahren möchte nach 2019, auch dass May konkret 20 Milliarden Euro als Zahlung von Großbritannien an die EU, verteilt über mehrere Jahre, nannte. Das Europäische Parlament in Straßburg beurteilte am 3. Oktober den Stand der Verhandlung als „unzureichend“. Der Europäische Rat sollte daher die Kommission zu Offenheit in der Frage der Übergangsphase ermutigen. So könnte ein „sufficient“, also zufriedenstellender Fortschritt festgestellt und die zweite Phase der Verhandlungen eingeleitet werden, diese wären für den 19./20. Oktober vorgesehen. May möchte Großbritannien als „co-equal partner“ der EU verstanden wissen und greift auf die 1950er Jahre und Anthony Eden zurück. Als britischer Außenminister war Eden im Prinzip zwar für ein föderales Europa, aber gegen eine europäische Armee, wie auch gegen eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. May scheint sich diesem Politiker eh nah zu

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

fühlen: wie er hat sie einige Reformen angestoßen, z.B. die Transparenz der Vorstandsgehälter im Vergleich zu dem Gehalt eines durchschnittlichen Mitarbeiters. May: „Gehaltsexzesse sind ein inakzeptables Gesicht des Kapitalismus.“ Die Reformen gehen den Gewerkschaften natürlich nicht weit genug, manchen Tories zu weit.

Für den soeben beendeten Parteitag der Tories in Manchester wurde Mays Sturz prophezeit, es kam anders. Die Anwärter auf die Nachfolge – die FAS vom 8.10. nennt Jacob Rees-Mogg (ein konservativer Abgeordneter, der einst für ein Bündnis der Konservativen mit UKIP warb), David Davis (der britische Verhandlungsführer mit der EU-Kommission) und Boris Johnson (Außenminister und illustre Gestalt in der politischen Landschaft von Großbritannien). Sie greifen May aber nicht offen an: gelingt der Brexit, dann können sie immer noch zum günstigen Zeitpunkt nach vorne treten; wird es ein Desaster, kann man alles mit dem Namen May verbinden, sie loswerden und damit auch der Sache eine Wendung geben. Angriffe auf Mays Führungsvermögen gibt es viele – es scheint aber keinen wirklich realistischen Plan zu geben, wie das Auseinanderbrechen der britischen Union und auch der Binnengesellschaft anders als mit May als Premierministerin verhindert werden kann. Es ist ausgemacht, dass egal wie der Brexit gestaltet sein wird, es eine Menge Verlierer und zumindest eine längere Zeit Unsicherheit und unangenehmen Wandel geben wird.

Schon die Wahl der Brexitgegnerin May 2015 zum Nachfolger von David Cameron nach dessen Rücktritt hat das Dilemma angedeutet: Cameron hat mit dem Referendum Positionen zur Disposition gestellt, die bis dahin von einer Mehrheit im Land getragen wurden und auch Programm der Konservativen war. Eigene Positionen aufgebend hat er sich von der rechts-nationalen UKIP dorthin treiben lassen. Es zeigt sich eine gesplante Gesellschaft, auch auf der Landkarte nachzuzeichnen. Ob May mit dem Ansatz der sozialen Reformen hier in die britische Gesellschaft einwirken kann, ist völlig offen. Die politische Gegenseite, die Labour-Partei mit Jeremy Corbyn an der Spitze greift sie genau hier an. Selbst ein Tony Blair bringt sich wieder in Stellung. Die soziale Bewegungen z.B. für höhere Löhne, für Abschaffung oder zumindest Absenkung von Studiengebühren, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Förderung des wirtschaftlich schwachen Nordens sind real und drängen auf Lösung. Die Antworten darauf sind nicht einfach zu bewerten, aber eines scheint immer deutlicher: Versäumnisse auf dem

politischen Feld der Europäischen Sozialunion tragen hier zur Gemengelage bei.

Es ist jetzt eben so, dass diese Verhandlungen konkrete Ergebnisse zeigen müssen, jedes Ergebnis und auch Nichtergebnis wird Signale in die EU-Mitgliedsstaaten und in die Welt aussenden. Bislang hält sich der Eindruck, dass es sowohl der EU als auch den Briten um faires Aushandeln geht. Unter anderem muss die einschlägige Stimmung in den einzelnen Mitgliedsstaaten von der EU-Kommission mit berücksichtigt werden. Keine leichte Aufgabe, zudem wird es eine Feuerprobe auch für den neuen deutsch-französischen Motor sein.

Eva Detscher, Karlsruhe

Nationalratswahlen in Österreich

Am 15. Oktober wird das Parlament in Österreich neu gewählt. Der Nationalrat hat am 13. Juli die notwendigen Beschlüsse gefasst. Zu dieser kommenden Nationalratswahl werden insgesamt 16 Parteien antreten – ein neuer Rekord. Davon stehen sechs Parteien allerdings nur in einzelnen Bundesländern zur Wahl. Mit zehn Listenplätzen ist der österreichweite Stimmzettel allerdings immer noch von stattlicher Länge. Um bundesweit kandidieren zu können, braucht es 2600 Unterstützungserklärungen von Wahlberechtigten oder drei Unterstützungen von Abgeordneten.

Von den Parteien, die schon im Nationalrat sind, kandidieren die SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und NEOS. Die „Liste Frank“ hat die Unterstützung Frank Stronachs verloren und verschwindet in der Geschichte. Der Grüne Peter Pilz, unzufrieden, dass er bei der Vorwahl nicht an vorderer Stelle gereiht wurde, tritt mit einer eigenen Liste an, und auch Karl Schnell, ein Salzburger FPÖler, der nach Streit mit Parteichef Heinz-Christian Strache aus der FPÖ ausgeschlossen wurde, kandidiert mit einer eigenen Gruppierung – die „Freie Liste Österreich“. Deren Spitzenkandidatin Barbara Rosenkranz macht keine Geheimnisse aus ihrer Gesinnung: Das NS-Verbotsgesetz hält sie für verfassungswidrig, Zweifel an Gaskammern gehören für sie zur „freien Meinungsäußerung“.

Die KPÖ tritt als „KPÖ Plus“ an, sie versteht sich als Mitmach-Plattform für Menschen, die sich für soziale Gerechtigkeit und gegen den Rechtsruck engagieren wollen. Sie soll eine starke Kraft für Gerechtigkeit, Solidarität, Antifaschismus und Gleichberechtigung sein. Das Ziel ist es, möglichst viele Menschen einzubinden und zum Mitmachen zu bewegen. Außer in Graz und den steirischen Industriestädten hat die KPÖ nicht viele Stimmen zu erwarten. Die Liste „GILT“ des Kabarettisten Roland Düringer („Wir

sollten die Anliegen der Parteien nicht mehr ernst nehmen“) und die „Weißen“ vervollständigen den Wahlzettel. Diese „Weißen“ legten unter anderem in ihrem 8-Punkte-Katalog fest: die Macht geht vom Volk aus. Das Volk entscheidet. Eine ehrliche Demokratie, keine Scheindemokratie. Echte und wahrhaftige Vertretung des Staatsvolkes. Bildung statt Brot und Spielen. Für den Nationalrat wird es nicht reichen. Trotz der hohen Ziele.

Nur in Vorarlberg kandidieren die „Männerpartei“, die CPÖ (Christenpartei) und die „Neue Bewegung für die Zukunft“ (NBZ). In Wien und Oberösterreich tritt zusätzlich noch die „Sozialistische Links Partei“ (SLP) an. Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Einen Alleingang in der Bundeshauptstadt streben die Anti-EU-Partei EUAUS und die ODP „Obdachlose in der Politik“ an.

Insgesamt sind 6.399.054 Österreicher im Oktober zum Urnengang berechtigt. Alle fünf Jahre wird gewählt.

Der Wahlkampf ist geprägt von einer großen Zahl von Fernsehdiskussionen. Den Umfragen zufolge gewinnt die Liste Sebastian Kurz – Die Neue Volkspartei (ÖVP) diese Wahl. Nach dem Rücktritt von Vizekanzler Mitterlehner ist es Kurz gelungen eine Bewegung zu organisieren. Die ÖVP hat sich an die „Hoffnung Kurz“ ausgeliefert. Er verspricht Steuerentlastung, gespart werden soll bei den Sozialleistungen für Asylanten, Zuwanderung soll auf ein Mindestmaß reduziert werden. Dafür sollen Flüchtlingslager in Nordafrika entstehen. Alle politischen Probleme reduzieren sich für ihn auf „die Ausländer“. Diese sollen nur mehr 560 Euro Mindestsicherung erhalten und können zur Arbeit verpflichtet werden. Die Mindestsicherung für alle soll bei 1500 Euro gedeckelt werden.

Für Unternehmen wird die Abschaffung der Körperschaftsteuer auf nicht entnommene Gewinne und eine Senkung der Lohnnebenkosten versprochen. Erbschafts- und Vermögenssteuern werden strikt abgelehnt. Das Strafrecht soll erneut verschärft werden.

Die SPÖ liegt nach den Umfragen gleichauf mit der FPÖ. Sie hat in den letzten Tagen kaum mehr Zeit ihr Programm zu präsentieren, sie muss sich für „dirty campaigning“ (Kurz wurde durch den Kakao gezogen) in Videoclips des israelischen Wahlberaters Silberstein rechtfertigen. Die österreichischen Medien geben diesem Thema reichlich Platz.

Bundeschancellor Christian Kern und die Grünen haben sich vergeblich bemüht, politische Fragen von der Flüchtlingsfrage zu lösen und die Flüchtlingsfrage als internationale Frage zu sehen. Bei den

Fernsehdiskussionen haben Strache und Kurz dominiert mit dem Streit, wer von den beiden massiver gegen Ausländer vorgehen wird.

Die NEOS könnten den Einzug ins Parlament schaffen, sie sind am einfachsten als neoliberale Partei zu beschreiben.

Die Grünen sind gespalten durch die Liste Pilz, parteiinterne Streitigkeiten (Grüne Studenten) haben diese Partei zusätzlich geschwächt. Der Einzug ins Parlament ist ungewiss.

Österreich sieht einer spannenden Wahl entgegen.

Augustin Kargl, Steiermark

Frankreich: Proteste gegen Verordnungen zum Arbeitsgesetz

Nach offiziellen Angaben haben sich an den Protestaktionen am 12. September, zu denen die Gewerkschaft CGT aufgerufen hatte, 220 000 Menschen beteiligt. Die CGT zählte mehr als 500 000. Am 21. September protestierten erneut mehrere Zehntausend. Die Gewerkschaften CFDT, FO und andere, die nicht aufgerufen hatten, haben ihre Kritikpunkte an den Verordnungen der Regierung formuliert. Dem Aufruf von Mélenchon und „La France insoumise“ zum Protesttag gegen „sozialen Staatsstreich“ folgten am 23. September ebenfalls mehrere Zehntausend. Weitere Proteste der Gewerkschaften sind angekündigt.

Die Parteien auf der Rechten unterstützen teilweise die Maßnahmen Macrons. Der Front National wird derzeit kaum im politischen Feld wahrgenommen. Das gilt auch für die Sozialistische Partei. Mélenchon versucht sich in dieser Situation als Führer der Opposition in der Nationalversammlung aufzubauen. – Am 30. September sind die Verordnungen zur Reform des Arbeitsgesetzes in Kraft getreten und mit Macrons deutlicher Mehrheit in der Nationalversammlung gilt die Ratifizierung als so gut wie sicher.

Dämpfer bei Senatswahl

Allerdings hat Macrons Regierungspartei bei den Wahlen zum Senat, die im September stattfanden, einen Dämpfer erhalten: Die Republikaner schnitten mit 59 Sitzen am besten ab, gefolgt von den Sozialisten (32) und der Zentrumsparterie (21). Bei den Wahlen zum Senat wird alle drei Jahre die Hälfte der 348 Sitze neu besetzt. Macrons République en Marche verfügt danach im Senat über insgesamt lediglich 29 Sitze, die Republikaner haben allein 138 Sitze. „Das Wahlkollegium bestand dabei aus 76.359 Mandatsträgern aus der Nationalversammlung und den Gebietskörperschaften“. „Alle drei Jahre wird die Hälfte des Senats erneuert. Dieses System, das nur lang-

same Machtverschiebungen erlaubt, verhindert große Umbrüche und sorgt somit für eine größere Kontinuität. Die Wahlversammlung besteht dabei aus den Abgeordneten, den Regionalräten, den Departementsräten und den Delegierten der Gemeinderäte, die 95% der Wahlversammlung stellen.“ (1)

Streik im Transportgewerbe abgewendet

Am 4. Oktober wurde für die Beschäftigten des Transportgewerbes eine Vereinbarung zwischen Gewerkschafts- und Unternehmerverbänden unter Einbeziehung der Regierung abgeschlossen. Damit könnte ein Streik im Transportgewerbe abgewendet sein. Die Verordnungen der Regierung hätten es den Unternehmen ermöglicht, bisher durch Tarifverträge gesicherte Zuschüsse auf Unternehmensebene infrage zu stellen. Dabei geht es um Zulagen für Mahlzeiten oder Ruhezeiten: „Sie (die Zuschüsse) werden ohne Belege auf die Lohnzettel geschrieben. Für einen Lkw-Fahrer, der fünf Tage hintereinander fährt, kann das bis zu 1000 Euro pro Monat bedeuten“,

so Jérôme Vérité, Generalsekretär des Verkehrsverbandes GCT. (2) Mit der geschlossenen Vereinbarung ist der Erhalt der Zuschüsse gesichert.

Wirtschaftliche Lage

Die Verordnungen zielen vor allem darauf, mittleren und kleinen Unternehmen günstigere Voraussetzungen zu schaffen, insbesondere den Anteil kleiner Unternehmen am Export zu steigern. In Frankreich sind es vor allem die großen Unternehmen, die exportieren und mit 110 000 deutlich weniger als z.B. in Deutschland (hier sind es dreimal soviel). Hinzu kommt, dass sich die französische Wirtschaft weiter leicht erholt. Das Volumen des Außenhandels ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 5,6 % gestiegen. 2017 wird ein Wirtschaftswachstum von circa 1,5 Prozent erwartet, die Zahl der geschaffenen Stellen stieg schon 2016 auf rund 200 000.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Quellen: (1) <https://de.ambafrance.org>. (2) <http://www.lci.fr>. Div. Tagespresse.

Stellungnahme aus der PKK zum Referendum in Südkurdistan

Nach Meldungen der südkurdischen Wahlkommission stimmten rund 93 Prozent bei dem Referendum für eine Unabhängigkeit Südkurdistans. Auch in dem umstrittenen Gebiet Kirkuk hatte der Ministerpräsident des südkurdischen Autonomiegebiets Barzani (PDK) das Referendum abhalten lassen. Die Regie-

rung des Irak erklärte, dass sie das Referendum nicht anerkenne. Die Türkei, der Iran und wollen mit allen Mitteln eine Lostrennung Südkurdistans vom Irak verhindern. Seit einer Woche kommt es in der irakisch-türkischen Grenzregion zu heftigen Gefechten zwischen der türkischen Armee und den PKK-Kräften.



Kundgebung in Hasankeyf am 23.9.2017. Die Initiative „Rettet Hasankeyf“ hatte zum 2. Internationalen Hasankeyf-Tag in Bagdad, Sulemanya, Barcelona, Berlin, Bilbao, Brighton (GB), Genf, Frankfurt, Hamburg, Hasankeyf, Kaspach, Port Townsend (USA) und Wien aufgerufen. Protestiert wurde gegen das Tigris-Staudammprojekt in der kurdischen Region der Türkei. Mit dem Ilisu-Damm soll auf 136 km Länge der Tigris aufgestaut und dabei die Stadt Hasankeyf überflutet werden. Hasankeyf ist mit seiner 12 000-jährigen Siedlungsgeschichte und vielen Kulturdenkmälern Weltkulturerbe der Unesco. Insgesamt sollen rund 200 Dörfer und ihre Ackerflächen unter den Wassermassen verschwinden. Zwischen 40 bis 50 000 Menschen verlieren so Wohnung und Lebensgrundlage. Seit 20 Jahren wird gegen den Bau dieses Staudamms gekämpft. 2002 und 2005 scheiterte der Baubeginn jeweils an den massiven Protesten. Mehr Informationen und eine Petition unter: www.hasankeyfgirisimi.net und <https://www.facebook.com/hasankeyfyasatmagirisimi>

Die türkische Armee war mit Spezialeinheiten und Panzern über die Grenze auf südkurdisches Gebiet vorgestoßen. Wir dokumentieren hier Auszüge einer TV-Sendung von Medya Haber mit dem PKK-Vorstandsmitglied Duran Kalkan vom 26. September:

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

„Mit der Durchführung des Unabhängigkeitsreferendums steht Südkurdistan nun einer Gefahr gegenüber. Für die Invasion hat das türkische Parlament eine Entscheidung getroffen. Sie haben ihre Panzer an die Grenze beordert. Sie erklären, wenn nicht passiert was sie wollen, dann rücken sie bis Mossul und Kirkuk vor. Ich frage alle Intellektuellen und Politiker aus dem Süden, wo ist denn die Freundschaft zwischen der AKP und PDK geblieben?

Die Kräfte, die ihre faschistische und völkermordende Politik in Kurdistan betreiben, hatten wir soweit, dass sie untereinander ihre Widersprüche offen austragen, ja sogar, dass sie gegeneinander kämpfen. Jetzt hat dieses Referendum sie wieder zusammengebracht und vereint. Erneut sind sie an den Punkt gelangt, wo sie für eine Antikurdenpolitik Kompromisse eingehen. Es kann zu einem gefährlichen Kampf kommen? Es hätte nicht soweit kommen dürfen.

Es gibt einen wirklichen Bedarf für Demokratie und Geschwisterlichkeit. Nicht nur die Kurden unter sich, auch ihre Nachbarvölker brauchen eine Demokratisierung, und das gemeinsam, im Kollektiv. Wenn du nicht mit deinen Nachbarvölkern eins bist, kommen kolonialistische Staaten zusammen und vernichten dich.

Mit dem Referendum aber wird versucht, die durch den Kampf für Freiheit und Demokratie hervorgebrachte Entwicklung unter den Einfluss des Referendums zu bringen. Auf diesem Wege wird versucht, die freiheitliche und demokratische Lösung der kurdischen Problematik zu behindern.

Wenn die Probleme des Mittleren Ostens gelöst werden, dann wird dies nur mit der Lösung der kurdischen Frage geschehen. Für die Lösung der kurdischen Frage hat eine freiheitlich und demokratische Linie, auf Basis des durch die PKK entwickelten Freiheits- und Demokratiekampfs, eine Schlüsselrolle übernommen. Zu einem Zeitpunkt, in dem sich dieser Schlüssel der Lösung der kurdischen Frage nähert, wird zur Behinderung dieses Referendum hervorgebracht. Diejenigen, die Angst davor haben, dass die kurdische Frage auf Basis einer freiheitlich demokratischen Linie gelöst wird, sind bestrebt, die Konflikte im Mittleren Osten aufrechtzuhalten.“

Quelle: ISKU.blacblogs.org

Verfassungskrise in Spanien: Souveränitätsdenken blockiert sachlichen Dialog

Die Regionalregierung droht mit einseitiger Abspaltung, die Zentralregierung zückt die Waffen. Die sachlichen Probleme vertikaler Gewaltenteilung treten in den Hintergrund.

Nach den schweren, oft blutigen Nationalitätenkonflikten, die, um nur einige zu nennen, wegen Nordirland, dem Baskenland, Südtirol, Belgien das Europa der Nachkriegszeit belasteten und im Entsetzen des Jugoslawienkrieges gipfelten, ebten diese Auseinandersetzungen langsam ab. Der Rahmen der EU oder die Annäherung an die EU gaben dem Streben nach politischer Verständigung einen institutionellen Rahmen. Der Verfassungskonflikt, der jetzt Spanien erschüttert, stellt diese Entwicklung in Frage und wird zur Bewährungsprobe der Demokratie in der EU und in ganze Europa.

In allen Staaten der EU besteht neben der horizontalen Gewaltenteilung nach Exekutive, Legislative und Jurisdiktion auch eine – überall verschieden eingerichtete – vertikale Teilung der Zuständigkeiten, so in der BRD zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bund. Diese geschichtlich gewordene Ordnung der Gebietskörperschaften steht von „Oben“ und „Unten“ unter Veränderungsdruck:

Die internationale Vertiefung der Arbeitsteilung bewirkt Souveränitätsverluste der Nationalstaaten, sie müssen Regelungskompetenzen zum Beispiel an die EU oder an andere übergreifende Einrichtungen abgeben. Der Brexit und auch die Trump-Wahl wurden als Versuche manifest, wieder „Herr im eigenen Haus“ zu werden.

Weniger auffällig sind die Kompetenzverschiebungen, die Veränderungen der langfristigen Siedlungsentwicklung folgen. Die Gebietsabgrenzung der nachgeordneten Verwaltungsebenen bildete sich mit dem Übergang zur Industriegesellschaft heraus. Hergebrachte Strukturen und neu entstandene Wirtschaftsräume wurden irgendwie zur Deckung gebracht. Es ging um die Bereitstellung von ortsgebundener und örtlichen Verhältnissen angepasster Infrastruktur, sozialen wie technischen Einrichtungen. Mit der inzwischen typischen Siedlungsentwicklung hin zu Ballungsräumen stimmen sie nicht mehr zusammen. Heute sind es die Metropolregionen, die Anforderungen an die öffentliche Hand stellen.

Die Notwendigkeit, die sozialen Prozesse in einer solchen Regionen politisch zu gestalten, erzeugt das Bedürfnis Au-

ßengrenzen zu ziehen und Zusammengehörigkeit zu definieren. Die Umgangssprache, eingefleischte Geschichtsbilder, Rückgriff aufs Brauchtum, Fußballvereine, Berge, Flüsse, Meere, alles Mögliche und auch Unsinniges kann herangezogen werden, um Unterschiede zu markieren. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gebietsgrenzen markiert werden müssen. Anders würde sich die Entscheidungsebenen immer weiter „nach oben“ verschieben. In den reifen Industriegesellschaften ist die Selbstbestimmung der einzelnen Menschen mit dem Recht auf Selbstverwaltung oder wenigstens Mitwirkung bei der Einrichtung von Daseinsvorsorge und technischer Infrastruktur verschränkt. Gestaltungskompetenzen „nach unten“ zu ziehen ist demokratisch, kann aber in fatale Fehlleistungen führen.

Wie bekannt genug ist, verwickeln sich Nationalstaaten, die sich vom Gedanken der Souveränität leiten lassen, in unlösbare Konflikte mit Nachbarstaaten. Die Europäische Union entstand als Absage an dieses Denken, sie gründete sich auf die Idee der verlässlichen Zusammenarbeit. Dem damit verbundene Verlust an Souveränität steht der Gewinn an Frieden, an Stabilität übergreifender Wirtschaftsbeziehungen gegenüber.

Die Idee verlässlicher Bindungen, die in den reifen Industriegesellschaften die Organisation des Alltags der Vielen ebenso trägt wie das Zusammenwirken der Wirtschaftseinheiten und der Gebietskörperschaft, ist in der politischen Kultur noch nicht angemessen verankert. Beispielsweise sind die Stimmen, die darauf verweisen, dass Bayern seine heutige Wirtschaftskraft Zuschüssen des Bundes zum Ausbau der Infrastruktur sowie politisch beeinflussten Standortentscheidungen verdankt, nur gelegentlich zu hören. Viel lauter ist das dümmliche Gerede vom „Zahlmeister ...“, das bei der Beurteilung der Finanzflüsse zwischen Gebietskörperschaften regelmäßig für Stimmung sorgt.

Höchst bedauerlich ist, dass die linke Kritik es so schwer hat, solche Argumentationen abzuweisen. Wie können demokratische Impulse, die von dem Streben nach Emanzipation und Selbstbestimmung im individuellen wie im politischen Sinne getragen werden, von solchen nationalistischen, chauvinistischen Ideen umspinnen werden? In den politischen Traditionen linken Denkens ist die Idee der umfassenden Volkssouveränität fundamental eingebaut. Es geht dabei um das Recht von Bürgerinnen und Bürger,

unabhängig von Vermögen und Stellung im Beruf, politisch gleichberechtigt zu entscheiden, neue Mehrheiten zu setzen und als politische Macht wirksam zu werden. Diese Idee birgt ein doppeltes Risiko: für die von Mehrheitsentscheidungen betroffenen Minderheiten und wegen der Gefahr der plebiszitären Ermächtigung von Herrschaft.

Für die Neuordnung des Macht- und Kompetenzgefüges, des Geflechts internationaler Einrichtungen über die EU, die Nationalstaaten, die Regionen bis hin zur kommunalen Selbstverwaltung taugt der Grundsatz, dass jede Mehrheit jederzeit alles beschließen kann, nicht.

Der soziale, der wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhang der modernen Welt verlangt wechselseitige Rücksicht oder, um das alte Wort zu nehmen, Solidarität. Es geht dabei um die Haltung der politischen Akteure, die Einstimmung der Öffentlichkeit auf den steinigen Weg der Suche nach Problemlösungen. Dafür gibt es breite Unterstützung in der Öffentlichkeit.

Diese breite aus praktischer Vernunft geborene Unterstützung werden die politischen Parteien zum Tragen bringen, die den Blick für die berechtigten – d.h. hier durch Verfassung, Gesetze und Verträge definierten – Interessen und Bedürfnisse jenseits der Grenzen – der Gemeinde, des Bundeslandes, des Nationalstaates, der EU – kultivieren und sich dem Rausch der vollen Souveränität von Mehrheiten und Bewegungen nicht hingeben.

Bei den in der EU anstehenden Umbauten darf nicht verkannt werden, dass die im Raum der EU bestehenden Nationalstaaten zwar Herrschaftsgebilde sind, aber eben auch Gehäuse solidarischer Leistungen, z.B. von Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur. Teile dieser Funktionen müssen wahrscheinlich „nach oben“, d.h. hin zur EU verschoben werden, andere „nach unten“, hin zu den Kommunen und Regionen.

Der spanische Verfassungskonflikt macht deutlich, wie man diese Aufgabe nicht löst: Die Ansetzung einer Volksabstimmung, die nicht etwa konkrete

Regelungen der Beziehungen zwischen Region–Zentralstaat–EU zum Inhalt hatte, sondern eine Ermächtigung einer knappen Parlamentsmehrheit zur Reise ins Ungewisse, bot einer Regierung, die ihre Durchgriffsrechte auf die Regionen behaupten will, die Gelegenheit, den Bürgerinnen und Bürgern die Waffen zu zeigen und sie sogar spüren zu lassen.

Vielleicht entwickelt sich in den nächsten Monaten und Jahren in Spanien und im Dialog mit der europäischen Öffentlichkeit ein Gespräch, aus dem hervorgeht, welche Kompetenzverteilung zwischen dem spanischen Zentralstaat und seinen Regionen erstrebenswert ist? Am Ende muss es ja dahin kommen. Die öffentliche Meinung Europas wird von den streitenden Parteien aufgerufen. Sie wird sich mit der konkreten Problemlage im Konflikt von Kompetenzen der Selbstverwaltung und Zentralstaat beschäftigen müssen. *Martin Fochler*, München, 9.10.

Ausführliche Darstellung siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Unabh%C3%A4ngigkeitsreferendum_in_Katalonien_2017

Verzweifelter Appell der Bürgermeisterin von Barcelona

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung dokumentiert eine Stellungnahme von Ada Colau, Bürgermeisterin von Barcelona, zum Referendum in Katalonien:

Die Regierung der PP beharrt auf ihrer großen Lüge, sie leugnen weiter, was für die internationale Presse und für jeden, der die Bilder am 1. Oktober der polizeilichen Eingriffe in Katalonien gesehen hat, offensichtlich ist. Es gab Gewalt, Brutalität und Wut.

Seit langem zeichnet die spanische Rechte ein falsches Bild von dem, was in Katalonien passiert. Man spricht von Totalitarismus, von zerstörtem Zusammenleben, von einer verängstigten Bevölkerung durch gewalttätige „Separatisten“.

Nicht einmal die Worte, die gebraucht werden, sind neutral. „Aufrührer“, „Separatisten“, sind keine beschreibenden Begriffe, sondern mit einer imaginären Perversion geladen. Man beginnt damit den anderen mittels Worte zu entmenslichen und endet mit dem Befehl, alte Frauen an Schuleingängen niederzuknüppeln. Das wird dann als „professionell“ und „verhältnismäßig“ und „Schutz der Demokratie“ bezeichnet.

Wenn es zwei so unterschiedliche Versionen gibt, um die Realität zu erklären, dann ist es das Beste, die Geschehnisse zu analysieren. Es ist ein Fakt, dass es am 1. Oktober 844 verletzte Personen gab, eine von ihnen hat ihr Auge verloren ... verhältnismäßig? Was steht im Verhältnis zu einem Auge? Alte Frauen an den Haaren zu ziehen? Die Angst die Kinder empfinden, wenn sie ihre demolierten

Schulen sehen? Ich bin keine Anhängerin der Unabhängigkeit, ich teile nicht den einseitigen Weg. Ich habe es oft gesagt und wiederhole es. Ich stehe der Regierung von Puigdemont sehr kritisch gegenüber und es gefällt mir nicht, wie man die Dinge angefasst hat. Es gibt aber etwas, das über unseren unterschiedlichen Meinungen steht und das uns alle einen sollte die Rechte, Freiheiten und die Demokratie zu verteidigen: Die Anwendung von Staatsgewalt gegen eine friedliche Bevölkerung ist unzulässig.

Heute hat der Regierungssprecher die Katalanen, die gegen die Polizeigewalt demonstriert haben, als „Nazis“ bezeichnet. Erneut die Worte ... „Nazi“? Ist Herr Hernando sich bewusst, was die Nazis taten? Haben sie etwa jahrelang friedlich für ihr Recht zu wählen demonstriert? Haben die Nazifamilien die Schulen verteidigt, während Hunderte Polizisten auf sie einschlugen? Im Ernst, sind die Tausende Alten, Frauen, Männer und Kinder, die die Straßen füllen und singen: „Wir sind Leute des Friedens“ Nazis? Das Wort Nazi mit dieser Frivolität zu benutzen ist eine Beleidigung der Opfer des Nazismus, und er müsste sich schämen.

Wenn es gelingt, dass das was ich schreibe, die Informationsbarrieren überwindet, wenn alle außerhalb von Katalonien das lesen, die wissen wollen was dort passiert, dann bitte ich Euch, dass ihr versucht, diesen Konflikt ohne Vorurteile zu analysieren, dass Ihr Euch traut das infrage zu stellen, was uns die Regierungssprecher sagen, was sie

leugnen oder noch schlimmer, was sie rechtfertigen. Wir befinden uns in einer beispiellosen Staatskrise, ich bin über die totale Blockade in den Beziehungen zwischen der spanischen und katalanischen Regierung sehr besorgt. Was aber das Traurigste wäre, wenn die Bande der Brüderlichkeit und Zuneigung die uns, die Menschen unten, zerreißen würden. Wir dürfen das nicht erlauben. Man hat uns geschlagen, man hat uns Schmerz zugefügt. Es ist nicht leicht das zu vergessen, wir brauchen Eure Unterstützung.

Was geschehen ist, hat fundamentale Rechte und Freiheiten aller verletzt: Katalanen, Spanier, Europäer ... heute ist es Katalonien, morgen kann es irgendwo anders sein, wenn wir es normalisieren und es ungestraft bleibt, wenn wir es rechtfertigen, sind wir verloren, verlieren wir alle, verliert die Demokratie. Unsere Väter, unsere Mütter, Großväter und Großmütter, die dafür kämpften, sie zu erobern, würden es uns nicht verzeihen.

LasstunsfürsiedundfürihreVermächtnis vereinen und die Demokratie retten, jene verjagen, die diesen Unsinn angeordnet haben und unfähig sind eine politische und friedliche Lösung zu finden. Wer staatliche Verantwortung trägt, muss zuhören, die Bevölkerung respektieren, positive Vorschläge unterbreiten und Alternativen anbieten. Aber niemals eine wehrlose Bevölkerung unterdrücken.

Ada Colau ist katalanische Aktivistin und seit Juni 2015 Bürgermeisterin von Barcelona, gewählt als Kandidatin der Plattform Barcelona en Comú, die auch von Podemos unterstützt wurde.

Übersetzung von Jairo Gomez
<https://www.rosalux.de/news/id/37916/>

Rechtsextreme: „Trump bringt unser Amerika zurück“

Für Samstag, den 12.8.2017 war in Charlottesville/Virginia für einen Aufmarsch der Vereinigten US-amerikanischen Rechtsextremen mobilisiert worden. Hierüber kam es zu der bislang größten Demonstration von Nazis, die die Vereinigten Staaten bislang erlebt haben. Weil sich diverse Gruppen von Gegendemonstranten in den Weg stellten, fuhr ein junger Nazi seinen PKW mit hohem Tempo in die blockierende Menschenansammlung. Hierbei wurde eine Gegendemonstrantin getötet und weitere Gegendemonstranten mehr oder minder schwer verletzt.

US-Präsident Trump hat dazu dreimal Stellung bezogen. Im Resultat ging es ihm um zweierlei. Erstens um eine Gleichsetzung der Gegendemonstranten mit den aufmarschierten Nazis, was die Frage der Gewaltanwendung anbetraf. Zweitens ging es ihm um das Motiv der aufmarschierten Vereinigten Rechtsextremen, das er am Interesse der Bewahrung historischer Denkmäler glaubte festmachen zu können. Im Konkreten handelte es sich hierbei um das Monument für einen Südstaatengeneral im Stadtpark von Charlottesville.

Die Zeitschrift „Forbes“ (17.8.2017: Immigrants, not statues, motivated Charlottesville march organizer) hat dazu einige Recherchen betrieben. Wie sie mitteilt, wurde der rechte Aufmarsch („Unite the Right“) vom ortsansässigen Jason Kessler organisiert. Kessler war bzw. ist regional vor allem als erklärter Feind jeglicher Art von Einwanderung bekannt. „Forbes“ weist hier ausdrücklich hin auf einen Bericht der „New York Times“, demzufolge Kessler sich durch seine öffentliche Mobilisierung gegen die Pläne, Charlottesville zu einer Schutzzonen-Kommune zu erklären, bekannt gemacht habe.

„Forbes“ teilt Folgendes näher zu seiner Person mit: „Kesslers Motive für die Begrenzung der Einwanderung sind klar. Die weiße Bevölkerung wird sehr schnell zur Minderheit in den Vereinigten Staaten und in Europa. Die Politik, welche die weiße Bevölkerung durch Masseneinwanderung ersetzt, zeitigt ihre Resultate. Die Regierungen des Westens führen einen Feldzug der allmählichen Auslöschung gegen ihre ureigenste Bevölkerung durch. Das ist Völkermord an Weißen.“

Wirkungszusammenhänge

„Forbes“ berichtet – abgestützt auf andere Medien – abschließend, dass aus den Reihen der aufmarschierten Nazis vor allem folgende Parolen bzw. Sprechchöre gerufen wurden: „Build the wall!“ (Baut

die Mauer!) – „Jews will not replace us!“ (Juden werden uns nicht ersetzen!) – „One people, one nation, end immigration!“ (Ein Volk, eine Nation, Schluss mit Einwanderung!)

Die Interviews, welche das „Wall Street Journal“ mit einigen Teilnehmern des Aufmarsches führen konnte, geben hier den Blick frei auf nicht sofort ersichtliche Wirkungszusammenhänge. Das staatlicherseits unbehinderte Zustandekommen dieses Treffens der Vereinigten Rechtsextremen lasse – so die Befragten – ein erneuertes Verständnis für die dringliche Notwendigkeit erkennen, dass ihre Stimme gehört werden müsse. Die angesprochenen Teilnehmer des Aufmarsches stellten fest, dass nun endlich eine Regierung im Amt sei, welche bereit sei, ihre Ansicht zur Kenntnis zu nehmen – nämlich, dass die Immigration zum Untergang des Landes beitrage.

David Duke, der frühere Großmeister des Ku-Klux-Klan, war hierzu in seiner Bewertung des Samstag-Aufmarsches von extremen Rechten und Neonazis in Charlottesville ganz unzweideutig: Für ihn bedeutet das die Erfüllung der Vision von Präsident Donald Trump für Amerika.

„Wir sind dazu bestimmt, unser Land zurück zu holen. Unter diesem Gesichtswinkel nannte er den Aufmarsch der Vereinten Rechten einen Wendepunkt. Wir werden das Versprechen von Donald Trump erfüllen. Das ist es, woran wir glauben. Das ist es, warum wir Donald Trump gewählt haben – weil er gesagt hat, er werde unser Land zurückholen.“¹

Es finden sich Beiträge in den US-Medien, welche dem ehemaligen Sicherheitsberater von Präsident Trump, Steve Bannon, hier eine gewisse Rolle unterstellen. Aber objektiv betrachtet, brauchte es keinen Steve Bannon in dessen aller-nächstem Umfeld. Denn, wie schon ein Beitrag in „The Daily Beast“ vom 9.5.2017 richtig schreibt: „Before Bannon, there was Buchanan“ – Bevor Bannon kam, war Buchanan schon am Wirken.

Das US-Magazin „The American Conservative“ hat im Jahr 2011 einen Beitrag von Patrick J. Buchanan veröffentlicht; darin kommt der Autor unter anderem zu folgender Beurteilung:

„Sind wir [heute] noch ‚ein vereintes Volk‘? Das Amerika, in dem wir aufgewachsen sind, befindet sich in Desintegration, es bricht auseinander entlang der Risse, die sich aufgetan haben hin-



Marianne Rubin, 89 Jahre alt, auf dem Times Square in New York bei der Solidaritätskundgebung für Charlottesville. „Ich bin einst den Nazis entkommen, ihr werdet mich jetzt nicht besiegen.“

sichtlich Politik, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Kultur und Glauben. Um 2042 wird hier der Anteil der schwarzen Bevölkerung 66 Millionen betragen und derjenige des Hispanoanteils 135 Millionen, letzterer konzentriert in den Bundesstaaten entlang der Grenze zu Mexiko. Was hält uns dann zusammen? Wir werden aus allen Rassen, Kulturen, Volksstämmen der Erde zusammengesetzt sein – ein multirassisches, multikulturelles, multiethnisches, vielsprachiges Mischgericht einer Nation, die nie zuvor existiert hat. Nie mehr werden wir alle dieselbe Sprache sprechen.“²

Die Drohkulisse der „Überfremdung“, die dieser konservative Befund zur Entwicklung bzw. zur aktuellen Verfasstheit der US-Gesellschaft hier mit Bedacht entworfen hat, zielt auf „Gegenwehr“. Buchanan hat denn auch tatsächlich, wie im Juli 2011 bekannt wurde, einigen Feststellungen im Manifest des Oslo-Attentäters Anders Breivik ausdrücklich zugestimmt.³

Was hier mit diesem kurzen Hinweis verdeutlicht werden soll, das ist die Schreibtisch-Mittäterschaft im Kontext der gleichgesinnten Bluttaten auf der Straße. Der junge Nazi, der in Charlottesville mit seinem Pkw ganz absichtlich eine Gegendemonstrantin getötet hat, mag dadurch politisch besser eingeordnet werden können. Diese Tat wurzelt in Wahrheit in den dumpfsten Nischen der US-amerikanischen Republikanischen Partei. Dort, wo Pat Buchanan ideologisch zu Hause ist.

Hunno Hochberger, Bohmte

² The American Conservative – <http://www.theamericanconservative.com> – Is America Disintegrating? – Posted by Patrick J. Buchanan on October 20, 2011 – In Culture, Ideas, Immigration – Copyright 2011 Creators.com; CBS News/January 24, 2012

³ <http://www.splcenter.org/blog/2011/07/28/pat-buchanan-says-oslo-shooters-views-may-be-right/>

¹ Vox Media – „Why we voted for Donald Trump“, David Duke explains the white supremacist Charlottesville protests; updated by Libby Nelson@libbyanelson Aug 12, 2017, 3:16 pm EDT

Frankreich: Automatisierung ohne Arbeitsplatzverlust

Die Gewerkschaften waren von Anfang an in einem interessanten Automatisierungsprozess bei Evian beteiligt. Evian enthüllte eine kohlenstoffneutrale Abfüllanlage in den französischen Alpen. Das Management hatte während des sechsjährigen Bauvorhabens 28 Konsultationen mit den örtlichen Gewerkschaften, die alle mit einem positiven Ergebnis zurückkehrten. Laut dem Management zeigt dies, dass man viel erreichen kann, wenn die Leute Teil des Projekts sind. Die modernisierte Fabrik umfasst mehrere Automatisierungs-Upgrades, aber anstatt Massenentlassungen vorzunehmen, war das Unternehmen tatsächlich in der Lage, neue Arbeiter einzustellen.

www.etuc.org 20.9.2017

Italien: Brutale Attacke auf Arbeitsplätze bei Nestlé

Ein Jahr nach der Gründung des Froneri-Speiseeis-Gemeinschaftsunternehmens durch Nestlé und die französische Beteiligungsgesellschaft PAI Partners hat der Konzern einen Frontalangriff auf die Beschäftigten in ganz Europa gestartet. Ziel der Attacke sind Fabrikarbeiter, Verkaufspersonal und Büroangestellte in Deutschland, Finnland und der Schweiz, für Griechenland und Italien sind Fabrikschließungen angekündigt worden. Bisher droht rund 850 Beschäftigten der Verlust ihres Arbeitsplatzes, damit das Unternehmen das Ziel einer operativen Marge von 20% erreichen kann. Als Grund für die Gründung dieses Gemeinschaftsunternehmens gab Nestlé an, die Vormachtstellung von Unilever im Speiseeisgeschäft anfechten zu wollen. Das Unternehmen hat jetzt deutlich gemacht, dass seine Strategie nicht auf Qualität und Innovation bei der Produktion beruht. Am 27. September wurden die Beschäftigten der ehemaligen Nestlé-Fabrik in Parma informiert, dass das Unternehmen beabsichtigt, die Fabrik zu schließen und 180 Arbeitnehmer zu entlassen. Die Reaktion auf die Ankündigung erfolgte schnell und heftig. Ein Arbeitskampf mit einem Verbot von Überstunden und Flexibilität wurde erklärt. Die Belegschaft und ihre Gewerkschaften fordern den Widerruf des kollektiven Entlassungsverfahrens und der Schließungspläne.

<http://www.iuf.org> 5.10.2017

Spanien: Gutes Abkommen für Beschäftigte im Gastgewerbe

Infolge der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Ar-

beitgebern im Gastgewerbe werden die Gehälter im balearischen Gastronomiebereich zwischen 2018 und 2021 um 17% steigen. Der Deal wird sich auf 137.000 Beschäftigte in diesem Schlüsselsektor der regionalen Wirtschaft auswirken, hat aber eine Auswirkung weit über den Sektor hinaus. Die vereinbarte Steigerung beträgt 5% im Jahr 2018, 5% im Jahr 2019, 3,5% im Jahr 2020 und 3,5% im Jahr 2021. Dies liegt deutlich über dem jährlichen Wert des auslaufenden Tarifabschlusses von 2014, der eine Steigerung von 1,3% bis August beinhaltet. Die Vereinbarung macht es auch schwieriger, die Arbeitskosten durch Vergabe von Unteraufträgen zu senken. Subunternehmer sind nicht nur gezwungen, dafür zu sorgen, dass ihre Löhne die gleichen sind wie die in der Vereinbarung festgelegten, sondern dass sie auch die geltende Arbeitszeit und die Pausen einhalten müssen.

<https://crm.etui.org> 29.9.2017

Norwegen: Streik für Rechte und Anerkennung

Seit dem 8. September sind Beschäftigte – viele von ihnen Migranten aus Polen und Litauen – des Fischverarbeitungsunternehmens Norse Production nahe Bergen an der Westküste Norwegens im Ausstand. Die in der der IUL angeschlossenen Norwegischen Lebensmittelarbeitergewerkschaft (NNN) organisierten Beschäftigten fordern das Recht auf Abschluss einer Kollektivvereinbarung mit dem Unternehmen. Die NNN liegt seit langem im Streit mit dem Unternehmen um Arbeitsbedingungen und die Behandlung ausländischer Arbeitskräfte. Die meisten Arbeitsverträge sehen keine festen Arbeitsstunden vor, und den Beschäftigten wird mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht, falls sie der Gewerkschaft beitreten. Nach mehreren Treffen mit dem Unternehmen und einer Zwangsmediation, die zu keiner Vereinbarung führte, rief die NNN einen Streik aus.

<http://www.iuf.org> 26.9.2017

Estland: Einkommenskonvergenz hat sich verlangsamt

Die OECD-Umfrage liefert einige interessante Zahlen. Das Land ist in den letzten Jahren gut aufgestellt, und die Wirtschaft wird voraussichtlich im Jahr 2017 um mehr als 4 Prozent wachsen. Aber die Entwicklung des Einkommens und des Ergebnisses der Arbeiter bleibt zurück. Armut (bei 15,5% im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 11,5%) und Einkommensungleichheit gehören zu den höchsten in der OECD und rund ein

Viertel der Bevölkerung ist immer noch von Armut bedroht. Es sollte ein angemessenes Sozialversicherungsnetz eingeführt werden und erweiterter Elternurlaub für Väter.

www.oecd.org 15.9.2017

Schweiz: Arbeitsüberlastung im Gesundheitssektor

Die Schweiz ist für eines der weltweit besten Gesundheitssysteme bekannt. Dies könnte jedoch durch verschlechterte Arbeitsbedingungen untergraben werden. Mitarbeiter im Gesundheitswesen werden mit Arbeit überlastet. Die Mitarbeiter stehen vor dem Burnout, und die Fehlzeiten sind auf 10% gestiegen. Besonders schrecklich ist die Situation an den Universitätskliniken der Universität Genf, HUG (Hôpitaux universitaires de Genève), die acht Kliniken im Kanton Genf und auch 40 Ambulanzen betreibt. Vor kurzem wurde ein zehnstündiger Arbeitstag eingeführt, den die PSI-Gewerkschaft Syndicat Suisse des Services Publics (SSP) bekämpft hat. Das Krankenversicherungsgesetz von 2012 betreibt die Kommerzialisierung und das Outsourcing der Gesundheitsversorgung, was zu einer Erschöpfung der verfügbaren Ressourcen für den Betrieb der öffentlichen Gesundheitsversorgung führt und somit die Qualität der Gesundheitsdienste untergräbt.

www.world-psi.org 28.9.2017

Lichtenstein: Lohnforderungen für alle Branchen und Berufe

Die Gewerkschaft LANV (Lichtensteiner ArbeitnehmerInnenverband, Verband zur Vertretung aller Branchen und Berufe) fordert für 2018 je nach Branche zwischen 1 % und 2 % mehr Lohn. Von generellen Lohnanpassungen mit Sockelbeträgen sollen insbesondere untere und mittlere Einkommen profitieren. Bei den Mindestlöhnen darf die unterste Lohnstufe 3250 Schweizer Franken bei 13 Monatslöhnen nicht mehr unterschreiten. Wie schon in den vergangenen Jahren erwartet der LANV weitere Fortschritte bei den Ferien für ältere Arbeitnehmende, bis das erklärte Ziel, fünf Wochen Ferien ab dem 50. Altersjahr, in allen Branchen erreicht ist.

<http://www.lanv.li> 14.9.2017

Österreich: Faire Arbeit, gegen Dumpinglöhne

Lohn- und Sozialdumping ist am Bau nach wie vor ein Problem. Vor allem die steirischen Grenzregionen sind davon massiv betroffen, wenn Firmen aus Slowenien mit ihren Arbeitern auf steiri-

schen Baustellen zum Einsatz kommen. Deshalb eröffnen das Land Steiermark und die Gewerkschaft Bau-Holz eine Service- und Beratungsstelle in Spielfeld. Ziel ist es, Arbeiter aus Slowenien über ihre rechtmäßigen Ansprüche „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ in ihrer Muttersprache zu beraten und zu informieren.

www.bau-holz.at 14.9.2017

Österreich: ÖBB-Postbus, Lohn-erhöhung mindestens 42 Euro

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖBB-Postbus GmbH (Angestellte, Sondervertragsangestellte, Dienstordnungsangestellte, Beamte) erhalten per 1. September mehr Geld. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter betrage zwischen 2,1 und 2,3 Prozent, mindestens aber 42 Euro. Der Abschluss bringe einen spürbaren Reallohnzuwachs, betonte der Vorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF) Helmut Köstinger. „Dieser Abschluss ist als Wertschätzung und Anerkennung des tagtäglichen Einsatzes und der Leistungen der Mitarbeiterinnen beim Postbus zu sehen“, so Robert Wurm, Betriebsratsvorsitzender des ÖBB-Postbusses.

www.gpf.at 18.9.2017

Tschechien: Lohnsteigerung für öffentliche Arbeitnehmer

Die Regierung hat einen zehnprozentigen Anstieg der Gehälter im öffentlichen Sektor und für Sicherheitskräfte und einen 15-Prozent-Anstieg für Lehrer in regionalen Schulen genehmigt. Die Löhne der Polizei, Feuerwehrleute, Zollbeamte, Gefängniswärter und Soldaten sollen ebenfalls steigen. Anfang September hatte die Schularbeitergewerkschaft den Protest gegen die Regierungskoalition, die wiederholt ihre Entscheidung über die Erhöhung der Löhne von Lehrern und anderen Berufen im Schulsektor aufschob, zum Ausdruck gebracht. Aufgrund der staatlichen Sparmaßnahmen sanken die Gehälter im öffentlichen Sektor 2011 um 10%. Im Jahr 2010 verloren die Polizisten ihre Risiko-Boni.

<https://crm.etui.org> 26.9.2017

Tschechien: Škoda-Gewerkschaften fordern über 10%

Die Gewerkschaften des größten Exporteurs des Landes, Carmaker Škoda Auto, sagen, dass sie auf zweistellige Lohnsteigerungen bei den Tarifverhandlungen mit dem Management drängen werden. Im Herbst werden die Tarifverhandlungsverhandlungen durch Debatten über flexible Schichten und Arbeitsprogramme

gekennzeichnet sein, mit zusätzlichen Arbeiten am Freitagabend und Samstagmorgen. Vereinbarungen über die Arbeitszeit laufen aus. Die Gewerkschaften warten auf Vorschläge des Managements und werden Arbeitskampfmaßnahmen in Erwägung ziehen, wenn die Forderung nach einer Erhöhung im zweistelligen Bereich nicht erreicht wird. Im vergangenen Jahr erzielte Škoda Auto einen Rekordumsatz von 1.127.000 Fahrzeugen, ein Anstieg von 6,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr um 2015. Die Gewinne stiegen um mehr als ein Drittel.

<http://radio.cz> 21.9.2017

Kroatien: Wachstum zur Reduzierung der Auswanderung

Seit dem Frühjahr 2016 berichten die Arbeitgeber in mehreren Sektoren wie Bau, Schiffbau und Tourismus über Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiter zu finden. Deshalb forderte die Arbeitgebervereinigung die Regierung auf, die Quoten für ausländische Arbeitnehmer zu erhöhen. Die Gewerkschaften glauben, dass das Problem übertrieben wird und dass es durch die Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Berufsausbildung gelöst werden kann. Die Gewerkschaften argumentieren, dass dies die Bürger dazu motivieren wird, aktiv zu arbeiten und im Land zu bleiben, anstatt im Ausland zu arbeiten. Die Gewerkschaften sind nicht gegen ausländische Arbeitnehmer, die auf den Markt kommen, aber sie befürchten, dass dies als eine Methode verwendet werden könnte, die die Löhne niedrig hält und schlechte Arbeitsbedingungen zulässt.

www.total-croatia-news.com 6.9.2017

Griechenland: Arbeiter im Asyl-dienst streiken

Griechische Asyl-Service-Mitarbeiter mit kurzfristigen Verträgen haben einen zweitägigen Streik gestartet, um gegen die monatelange Verzögerung bei ihren Gehaltszahlungen zu protestieren. Mehrere Angestellte, die in vermieteten Unterkünften leben, sind von Zwangs-räumung bedroht, nachdem sie mit ihren Mietzahlungen im Rückstand sind. Die griechische Asyl-Dienstleistung steht vor einer gewaltigen Arbeitsbelastung aufgrund der Zunahme der Anträge von Flüchtlingen und Migranten im vergangenen Jahr. Die letztjährige Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Türkei zur Begrenzung der illegalen Einwanderung hat dazu geführt, dass vermehrt Flüchtlinge und Migranten Asyl in Griechenland zu suchen.

<https://crm.etui.org> 6.9.2017

Türkei: Lehrer gegen ihren Willen versetzt

Die Gewerkschaft der Erziehungs-beauftragten (Eğitim-Sen) gab bekannt, dass 682 ihrer Lehrkräfte in den südöstlichen Provinzen Şanlıurfa, Diyarbakır und Gaziantep nur wenige Tage vor der Wiedereröffnung der Schulen gegen ihre Wünsche anderen Schulen für das neue Schuljahr zugewiesen wurden. Einer der Gründe für die Zwangsumsiedlungen ist die „Teilnahme an Märschen, die nicht im Einklang mit dem Kampf der Türkei gegen den Terrorismus stehen“. Die Gewerkschaft befürchtet, dass die Lehrer in ihren neu zugewiesenen Gebieten Angriffen ausgesetzt sein könnten.

<https://crm.etui.org> 29.9.2017

Iran: Friedlicher Protest für Freilassung eines Fahrers

Aufgerufen von der Arbeitergewerkschaft der Vahed Company, starteten die Fahrer auf den Schnellbus-Strecken am frühen Morgen des 13. September einen Protest gegen die Inhaftierung von Reza Shahabi, einem Mitglied des Exekutivkomitees der Vahed Trade Union, zum 36. Tag seines Hungerstreiks, indem sie die Scheinwerfer ihrer Busse einschalteten und die Geschwindigkeit der Busse auf 20 Kilometer pro Stunde reduzierten. Bereits am 5. September marschierten und protestierten die Fahrer der Vahed Company mit anderen Gewerkschafts-aktivisten vor dem Parlamentsgebäude, um Reza Shahabi zu unterstützen. Die Gewerkschaft fordert die bedingungslose Freilassung ihres Mitglieds.

<https://shahrokhzamani.com> 16.9.2017

Philippinen: Wiedereinstellung einer Gewerkschaftsführerin

Jenny Marcos, eine Führerin der Gewerkschaft der Peninsula-Beschäftigten im Peninsula Hotel Manila in den Philippinen, ist unter voller Nachzahlung ihres Lohns wiedereingestellt worden und hat ihre Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie 2016 wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Unterstützung der globalen IUL-Kampagne für Housekeeping-Kräfte entlassen worden war. Die Gewerkschaften in dem Hotel haben mit Unterstützung der IUL für ihre Wiedereinstellung und für die Gewerkschaftsrechte in der Region und auf internationaler Ebene gekämpft. Die Gewerkschaft hat sich herzlich für die vielen tausend Unterstützungsbotschaften bedankt.

iuf@iuf.org 22.9.2017

Zusammenstellung:
Edith Bergmann, Hannover

DGB: Bundestagswahl 2017: Es gibt viel zu tun

Das Ergebnis der Bundestagswahl markiert eine politische Zäsur. Es hat gezeigt: Viele Menschen in Deutschland sind verunsichert und enttäuscht. Für den DGB ist klar, dass es keine lange Hängepartie geben darf. Politische Reformen für eine soziale und gerechte Renten- und Bildungspolitik und Verbesserungen in der Arbeitswelt müssen jetzt dringend kommen. Die beiden Volksparteien CDU und SPD haben klar Stimmenanteile verloren. Die kleinen haben hinzugewonnen – erstmals werden sieben Parteien im Bundestag vertreten sein. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sagte in Berlin: „Die Abwahl der großen Koalition zeigt, dass soziale Konzepte nicht konsequent genug umgesetzt wurden“. Er forderte die Parteien auf, nun die Sorgen und Interessen der WählerInnen aufzunehmen. Das Wahlergebnis sei der Ruf nach mehr sozialem Zusammenhalt, mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und mehr Sicherheit für die Zukunft.

Mehr soziale Gerechtigkeit: „Soziale Gerechtigkeit“ laute die Antwort auf die aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt, stellte Hoffmann klar. Der DGB und die Gewerkschaften erwarten jetzt zügig Konzepte gegen Altersarmut, Perspektiven für prekär Beschäftigte in Minijobs, Teilzeit, Leiharbeit und befristeter Arbeit, mehr bezahlbaren Wohnraum sowie Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

<http://www.dgb.de/themen?k:list=Politik%20%26%20Gesellschaft>

Das müsste sich – aus Sicht der Gewerkschaften – auch in den Koalitionsverhandlungen widerspiegeln. „Diese Themen sind im Wahlkampf viel zu schwach und mutlos kommuniziert worden“, so Hoffmann. In den nächsten vier Jahren müsse sich etwas tun, damit sich Leben und Arbeiten der Menschen spürbar verbessere.

Rente und Bildung wichtig: Insbesondere bei der Renten- und Bildungspolitik zeigt sich – diese sind den Menschen wichtig: 57 Prozent der WählerInnen sagen laut ARD, dass ihnen eine gute Absicherung im Alter sehr wichtig sei, für 64 Prozent ist die Bildungs- und Schulpolitik zentral. Dies müsse die künftige Bundesregierung in den nächsten vier Jahren berücksichtigen. „Wir werden alle Parteien weiterhin an ihren Inhalten messen“, so Hoffmann.

Ohne Zweifel steht fest: Es hat einen Rechtsruck im politischen System Deutschlands gegeben. Erstmals seit Jahrzehnten ist wieder eine rechte Partei mit völkischen und fremdenfeindlichen Ansichten im Bundestag vertreten. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, dass sie keine wirksamen Konzepte für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland hat. Im Gegenteil: Die Vorstellungen der AfD sind arbeitnehmer- und menschenfeindlich. Der DGB und die Gewerkschaften werden dies immer wieder deutlich machen.

AMNESTY
INTERNATIONAL


KAMPAGNEN

**MISCH DICH EIN,
BEVOR ES ZU SPÄT IST!**

Flüchtlingsschutz in den Koalitionsvertrag

Amnesty International und Pro Asyl fordern die künftige Bundesregierung zum bundesweiten Flüchtlingstag am 29. September auf, menschenrechtliche Standards beim Flüchtlingsschutz einzuhalten.

Amnesty International und Pro Asyl dringen auf eine Stärkung des individuellen Asylrechts. Die beiden Organisationen kritisieren die Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten und die aktuellen Reformen des EU-Asylrechts. Die nächste Bundesregierung ist nun gefordert, einen Kurswechsel einzuleiten, damit schutzsuchende Menschen auch künftig noch Asyl in Europa beantragen können. Denn die Verhandlungsführung der nächsten deutschen Regierung wird maßgeblich dafür sein, ob es auf EU-Ebene einen notwendigen Wechsel gibt: Es gilt, den völkerrechtlich verbrieften Zugang für Schutzsuchende zum individuellen Asylrecht in Europa sicherzustellen und zu garantieren.

Auf nationaler Ebene sind alle demokratischen Parteien des deutschen Bundestages gefragt, sich rassistischen Parolen entschieden entgegen zu stellen. Amnesty und Pro Asyl appellieren an die Parlamentarier, ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung nachzukommen und sich für den Schutz von Menschen auf der Flucht einzusetzen.

Amnesty International und Pro Asyl kritisieren scharf die EU-Zusammenarbeit mit Libyen sowie mit der Türkei zur Abriegelung der Fluchtwege. „Zufluchtsuchende Menschen werden im europäischen Auftrag nach Libyen zurückgebracht, in ein Land, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen wie Misshandlungen, Folter und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind“, sagt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. „In seinem aktuellen Zustand ist Libyen ein erschreckendes Beispiel für einen Staat, der keine menschenrechtlichen Standards erfüllt – die EU darf nicht darauf hinwirken, dass Menschen dorthin gebracht werden“, so Beeko. Er fordert: „Niemand darf ohne Prüfung seiner Verfolgungsgründe einfach in die Türkei oder ein anderes Nicht-EU-Land abgeschoben werden, solange ihm dort kein effektiver Schutz garantiert werden kann.“

www.amnesty.de

GewerkschafterInnen: SPD vor CDU, AfD drittstärkste Kraft

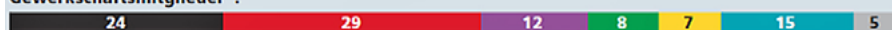
Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen:



Gewerkschaftsmitglieder*:



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Gewerkschaftsfrauen wählen Rot-Rot-Grün

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Geschlecht (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



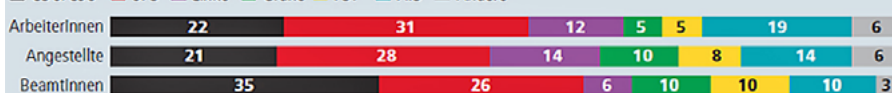
Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

GewerkschafterInnen: SPD bei Angestellten und ArbeiterInnen stärkste Kraft

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Berufsgruppen (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

GewerkschafterInnen im Osten: Linke und AfD gleich auf

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

AfD macht Jagd auf Demokraten zum politischen Programm – Rechtspopulisten werden im Bundestag weiter polarisieren und Ängste schüren

Der Wahlerfolg der AfD war absehbar. Ihre Strategie ist aufgegangen. Wie befürchtet, haben die ständigen Provokationen und Tabubrüche der AfD nicht abgeschreckt, sondern Wähler_innen mobilisiert. Das rechtspopulistische Wahlpotenzial ist in Deutschland unterschätzt worden.

Die AfD trägt Rassismus, Geschichtsrevisionismus und Nationalismus in den Bundestag. Die anderen Parteien haben an vielen Punkten in der Auseinandersetzung mit der AfD versagt. Viel zu häufig gelang es der AfD, Themen zu setzen und den Ton der Debatte zu bestimmen. Zu häufig arbeiteten sich die Parteien an den Provokationen der AfD ab, statt eigene Akzente zu setzen.

Im Bundestag ist von der AfD keine konstruktive inhaltliche Arbeit zu erwarten. Gerade als starke Oppositionspartei wird die AfD das Parlament als Instrument und Bühne nutzen, polarisieren und Ängste schüren. Das ist ihr Erfolgsrezept. Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse hat AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland den Kampf gegen Demokrat_innen zum

politischen Leitziel seiner Partei erklärt. Nichts anderes meint Gauland, wenn er mit Blick auf die kommende Bundesregierung droht: „Wir werden sie jagen!“

Mit dem Einzug in den Bundestag muss sich der Umgang mit der AfD ändern. Themen, welche die AfD bislang dominiert hat, müssen neu angepackt und besetzt werden. Dabei dürfen die Parteien nicht in die Falle tappen, aus kurzfristigen Motiven den gleichen Populismus zu bedienen. Wir wissen aus anderen europäischen Ländern, dass man im Umgang mit Rechtspopulist_innen vieles falsch machen kann und wenig richtig. Umso wichtiger ist eine klar erkennbare Strategie, die auf professionellen Umgang und klare Abgrenzung setzt. Immer noch unterschätzen die anderen Parteien die rechtspopulistische Herausforderung. Selbstzufriedenheit und Ignoranz sind angesichts dieses Wahlergebnisses fehl am Platz. Die Parteien müssen sich fragen, wie sie die Wähler_innen wieder für die Demokratie und ihre Werte begeistern können. www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/

Jetzt erst recht! – Stellungnahme von Ulla Jelpke zum Ausgang der Bundestagswahl

Die Linke konnte ihr letztes Wahlergebnis verbessern und zieht mit 9,2 Prozent leicht gestärkt in den Bundestag ein. Ihr selbstgestecktes Ziel, erneut stärkste Oppositionspartei zu werden, verfehlte Die Linke jedoch. Stattdessen zieht mit der AfD eine offen völkisch-rassistisch und geschichtsrevisionistisch auftretende Fraktion rechts der Union mit fast 13 Prozent der Stimmen in den Bundestag ein. Der Erfolg der AfD straft all jene Strategen der Unionsparteien Lügen, die hofften, durch eine flüchtlingsfeindliche Politik Rechtsaußen wieder Stimmen gut zu machen. Wer rechts wählen wollte, wählte lieber das Original.

Das politische Klima wird sich durch den Einzug der AfD in den Bundestag zweifelsohne weiter verschlechtern, Flüchtlinge und Migranten, Frauen und Homosexuelle werden sich verstärkten verbalen Anfeindungen aber auch Angriffen auf ihre Rechte und Errungenschaften ausgesetzt sehen. Der extremen Rechten werden von jetzt an ganz andere Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und staatliche Finanzen zum Aufbau ihrer Strukturen zur Verfügung stehen. Und außerhalb der Parlamente werden die rassistischen Schläger und Brandstifter sich in ihrem Tun ermutigt sehen.

Die Linke ist jetzt als konsequent antifaschistische Oppositionskraft gefordert. Insbesondere darf sie jetzt nicht unter dem Druck von Rechtsaußen von ihren menschenrechtlich basierten Positionen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik abweichen. Doch sie muss diese Positionen in der Öffentlichkeit noch besser vermitteln und erklären.

Gegen die AfD nur die Nazi-Keule zu schwenken, wird nicht ausreichen, um diese Partei wieder aus dem Parlament zu treiben und auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, wohin sie mit ihren ewig gestrigen Positionen zweifelsohne gehört. Vielmehr kommt es nun darauf an, die AfD auch in den Augen ihrer Anhänger zu demontieren. Es gilt aufzuzeigen, dass die AfD keineswegs die Partei der Armen und Ausgegrenzten ist, sondern die Umverteilung von unten nach oben als radikal neoliberale Kraft noch beschleunigen will.

Es gilt deutlich zu machen, dass die AfD, die sich als „Beschützerin unserer Frauen“ geriert, in Wahrheit das Rad der Geschichte auch in Sachen Frauenemanzipation und Abtreibungsfreiheit radikal zurückdrehen will ... www.ulla-jelpke.de

Auswahl:

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Jetzt erst recht: Bundestag Nazifrei! Petition unterschreiben

Die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ hat kurzfristig eine Petition gestartet, die sich an die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Linke, B90/Grüne und FDP richtet und sie auffordert, sich klar von der AfD-Fraktion abzugrenzen und jegliche Zusammenarbeit mit ihr zu verweigern. Die Petition kann man online unterzeichnen, aber es können auch an Infoständen auf Papier Unterschriften gesammelt werden, man kann mit den Leuten ins Gespräch kommen, weiteres Infomaterial verteilen und Unterstützer gewinnen. Ziel ist es, binnen sechs Wochen 100 000 Unterschriften zu sammeln, die dann voraussichtlich in der ersten Sitzungswoche übergeben werden.

Die Petition: Solidarität statt Hetze – keine Zusammenarbeit mit der AfD im Bundestag

Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Verherrlichung von NS-Verbrechen dürfen in Deutschland nie wieder einen Platz haben – weder auf der Straße noch im Bundestag.

Die AfD ist eine rassistische Partei, mit der Nazis und Antisemiten in die Parlamente einziehen. In der Bundestagsfraktion stellt Höckes Nazi-Flügel die größte organisierte Strömung.

Die AfD ist undemokratisch. Demokratie bedeutet Mitsprache für alle Menschen, unabhängig ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Kultur, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung. Die AfD will Menschen aufgrund von solchen Kriterien entrechten und abschieben. Sie stachelt Gewalt an gegen Geflüchtete, Muslime, Antifaschist*innen und alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie und die Menschen, die hier leben. Die einzige Möglichkeit diese Gefahr abzuwenden, ist die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD. Sonst werden Hass und Hetze zum Alltag im Bundestag und in der Gesellschaft.

Wir erwarten, dass die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linke, Grünen und FDP sich klar von der AfD abgrenzen und nicht mit der AfD und ihren Abgeordneten zusammenarbeiten. Wir fordern Widerspruch gegen rassistische, gewaltverherrlichende und Hassparolen der AfD, wo auch immer sie auftauchen.

Zusammen können wir ein Zeichen setzen: Für Solidarität statt Hetze. Rassismus ist keine Alternative.

Wir ziehen die Rote Linie: Keine Zusammenarbeit mit der AfD!



Mehr Informationen: <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/>

Hamburg : Der G20-Sonderausschuss der Bürgerschaft hat seine Arbeit aufgenommen

Aufgeklärt werden sollen die Krawalle, insbesondere in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli. Aufgeklärt werden soll aber auch, und das betreibt vor allem unsere Fraktion, das Polizeihandeln: der Eingriff in Grundrechte und das oft gewaltsame Vorgehen auch gegen friedliche Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Von Anfang an jedoch gestaltet sich die Arbeit sehr mühsam. Über 400 Aktenordner hat die Innenbehörde inzwischen ausgeliefert, und obwohl wir erst einen Bruchteil der Akten lesen konnten, lässt sich feststellen: Die Polizei hat so viele Passagen geschwärzt und so viele Seiten entnommen, dass oft fast nichts, was für die Aufklärung auch nur halbwegs von Belang ist oder sein könnte, übrig bleibt. Selbst Akten mit der niedrigsten Geheimhaltungsstufe „Nur für den Dienstgebrauch“ sind selten vollständig. Das ist sogar den Regierungsfractionen zu viel. Da unsere Fraktion die Schwärzungs- und Entnahmep Praxis öffentlich gemacht hat, gibt es viel Unmut in der Stadt. Dass die Zusage der Behörde, die bisherige Praxis noch einmal zu überprüfen, wirklich zur Öffnung der Akten führt, die einsehen zu wollen der Sonderausschuss beschlossen hat, ist aufgrund ihrer Mauermentalität ohne weiteren politischen Druck nicht sehr wahrscheinlich.

Obwohl der G20-Gipfel nun drei Monate zurückliegt, sind die Ereignisse in Teilen der Stadtgesellschaft noch sehr präsent. Das zeigt auch die im Folgenden abgedruckte, jüngst veröffentlichte

Erklärung des Stadtteilbeirats Schanzenviertel. Die Stadt ist gespalten, das Misstrauen ist bei vielen Menschen groß, und ohne weitgehende Aufklärung des Geschehens drohen sich die Gräben weiter zu vertiefen.

Einer der wichtigen Konfliktpunkte sind die Ereignisse im Schanzenviertel in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli: Hier entwickelten sich über einige Stunden ungehindert Krawalle, Plünderungen, wurden Barrikaden und Autos angezündet, bedrohten die Brände auch Wohnungen. Die Polizei hatte sich völlig aus dem Viertel zurückgezogen, bevor am späten Abend schwerbewaffnetes SEKs eingesetzt wurden und in Häuser und auf Dächer vordrangen. Anwohner und Anwohnerinnen kritisierten, dass die Polizei sie nicht schützte. Die Polizei begründete ihren Rückzug damit, dass die Einsatzkräfte in einen Hinterhalt gelockt werden sollten und Gefahr für Leib und Leben bestand. Als Beleg dafür zitierte die Polizeiführung im Innenausschuss der Bürgerschaft eine (angebliche) „Quelleninformation“ verdeckt eingesetzter Kräfte: „Circa 1 500 zu allem bereite Personen beherrschen das Schanzenviertel. Das Schanzenviertel ist als Festung ausgebaut und man erwartet schon die Polizei. Auf dem Gerüst Schulterblatt 1 und den Dächern entlang des Schulterblatts sollen Molotowcocktails, Eisenstangen und Zwillen bereitgelegt sein, ebenso sollen Feuerlöscher und Gehwegplatten bereitgelegt sein. Zwillen seien auch an

andere Personen im Viertel verteilt worden. Verletzungen (...) bis hin zum Tod würden von der Störerklientel billigend in Kauf genommen.“ Zudem würden Stahlseile gespannt, um die Durchfahrt von Wasserwerfern und Räumpanzern zu verhindern.

Doch jetzt musste die Polizei in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zugeben, dass sie für keine einzige dieser Behauptungen einen Beweis vorlegen kann. Die Dächer, von denen angeblich die Gefahr drohte, wurden zwar vom SEK gestürmt – doch brauchte die Polizei aus Gründen, an die sie sich laut einer ihrer Antworten nicht mehr erinnert, vier Tage, bevor sie die Beweissicherung auf den Dächern vornahm: Gehwegplatten und Molotowcocktails fand sie dabei nicht. Eisenspeere, die laut Polizei aus angeblich zuvor geplünderten Metallteilen für den Angriff auf Polizisten gebastelt worden sein sollen, wurden nicht sichergestellt. Die im Zeitraum vom 5. bis 8. Juli sichergestellten Asservaten – darunter zwei Stahlkugeln, zwei Zwillen, fünf Molotowcocktails, 16 Spraydosen, 3 Krähenfüße, 50 Pyrotechnik, 3 Zeltstangen – stellen die Polizeiversion vom bewaffneten und zu allem entschlossenen Hinterhalt in Frage. Aber wenn es den Hinterhalt, auf den sich die Polizei beruft, nicht gab: Warum dann wurde sie aus dem Schanzenviertel zurückgezogen?

Diese Frage muss zweifelsfrei aufgeklärt werden.

Christiane Schneider, Hamburg

Pressemitteilung: Erklärung des Stadtteilbeirates Sternschanze zur Nachbetrachtung des G20-Gipfels

Posted on 28. September 2017 by ag
Der Stadtteilbeirat sieht momentan gravierende Unterschiede zwischen der Wahrnehmung der Ereignisse im Schanzenviertel durch seine Mitglieder und der Darstellung durch Polizei und Senat. Vereinfachungen des komplexen Geschehens, pauschale Schuldzuweisungen, Aktionismus und eine Heroisierung der Polizei, wie sie unter anderem der Senat derzeit betreibt, führen zu keiner wirklichen Aufarbeitung, sind undemokratisch und – nicht zuletzt durch den Vertrauensverlust in die Polizei – gefährlich.

Im Einzelnen stellt der Stadtteilbeirat fest:

Der Stadtteilbeirat Sternschanze hat in mehreren Sitzungen vor dem G20-Gipfel in Gesprächen mit Vertretern der Politik und der Polizei auf die besondere Gefahrenlage im Schanzenviertel hinge-

wiesen (siehe Protokolle der Sitzungen vom 26.4.2017 und 24.5.2017 unter www.standpunktschanze.de).

Insbesondere wurde auf das höhere Gewaltpotential bei möglichen Auseinandersetzungen (auch gegenüber der OSZE-Veranstaltung 2016) auf Grund des internationalen Kontextes des G20-Gipfels hingewiesen. Ebenso wurde dargelegt, dass in den letzten Jahren eine zunehmende Gewaltbereitschaft eher unpolitischer und häufig alkoholisierter Besucher und Schaulustiger bei den im Viertel stattfindenden politischen Auseinandersetzungen wahrgenommen wurde.

Konkret bat der Stadtteilbeirat um eskalierende Maßnahmen der Polizei vor und während des G20-Gipfels, um das Gewaltpotential bereits im Vorwege und auch während des G20-Gipfels möglichst zu reduzieren. Es wurde um möglichst

kurze Kommunikationswege zwischen Anwohnern und der Polizei gebeten. Außerdem wurde besonders auf den nötigen Schutz von Baustellen, Baugerüsten etc. hingewiesen, da das dort liegende Material auch als Wurfmaterial oder für den Barrikadenbau zweckentfremdet werden könnte. Seitens der Politik (Bezirksamtsleiterin Frau Dr. Melzer, Bezirksamtsleiter Herr Droßmann) und der Polizei (Herr Reuter – PK16, Herr Leetz – PK14) wurden die Hinweise aufgenommen. Herr Droßmann versprach, die Hinweise des Stadtteilbeirates gesammelt an die verantwortlichen Stellen weiterzugeben.

In der Rückbetrachtung stellt der Stadtteilbeirat fest, dass

– Vereinbarungen und Aussagen zum Schutz der Anwohner und zum ungehinderten Zutritt der Anwohner in ihr Viertel nicht eingehalten wurden.



Über 31 000 Polizistinnen und Polizisten waren während des G20-Gipfels im Einsatz. Sie waren in der ganzen Stadt massiv präsent – nur am Abend des 7.7. im Schanzenviertel nicht.

– Ein Eingreifen der Polizei zum Schutz der Anwohner auch auf telefonischen Notruf hin über mehreren Stunden nicht erfolgte.

– Deeskalierende Maßnahmen seitens der Polizei in den Tagen vor dem G20-Gipfel und während des G20-Gipfels nicht wahrgenommen werden konnten.

In Berichten der Anwohner nach dem G20-Gipfel wurde großes Unverständnis darüber geäußert, dass die Polizei keine sichtbaren Versuche unternommen hat, das Schulterblatt am 7.7.2017 abends von den anderen Zugängen aus zu betreten, als der Zugang über den Neuen Pferdemarkt für die Polizei zu riskant erschien.

Aus Sicht der berichtenden Anwohner stellte sich die Lage außerhalb des Straßenabschnittes Schulterblatt zwischen Neuen Pferdemarkt und Susannenstraße nicht so dar, dass ein Eingreifen der Polizei nicht möglich gewesen wäre oder nicht in vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit stattgefunden hätte.

Während sich die Polizei am 7.7.2017 gemäß eigener Aussage über mehrere Stunden fürchtete, das Schanzenviertel zu betreten, verhinderten Anwohner durch ihr Eingreifen Schlimmeres.

Der Stadtteilbeirat Sternschanze begrüßt die Gesprächsangebote der Politik und der Polizei, er wünscht sich aber zusätzlich eine unabhängige parteiübergreifende Untersuchung der Vorkommnisse rund um den G20-Gipfel, am Besten in Form eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Gleichzeitig fordert der Stadtteilbeirat, dass – egal, ob in einem Untersuchungsausschuss oder einer anderen Form der Aufarbeitung – wie von der zweiten Bürgermeisterin, Frau Fegebank, versprochen, auch die Anwohner angehört werden. Die Erfahrungen, die die Menschen im Viertel gemacht haben, müssen Teil dieser Aufarbeitung im Sonderausschuss sein.

Auch eine neutrale wissenschaftliche Aufarbeitung der Konflikte, um die Hintergründe der Ausschreitungen zu verstehen und daraus Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu entwickeln, hält der Stadtteilbeirat für wünschenswert.

Der Stadtteilbeirat Sternschanze bemängelt den derzeitigen Umgang mit den geschädigten Anwohnern und Gewerbetreibenden und fordert eine unbürokratische Entschädigung aller Geschädigten. Die Versprechen der Politik bis hoch zur Bundeskanzlerin, dass niemand auf seinen Schäden sitzen bleibt, müssen endlich eingelöst werden.

Der Stadtteilbeirat beobachtet derzeit populistische Tendenzen, aufgrund der Ereignisse beim G20-Gipfel eine Schließung der Roten Flora zu fordern. Die Rote Flora gehört zum Schanzenviertel und hat aus Sicht des Stadtteilbeirates für den Stadtteil einen wichtigen Stellenwert. Die Rote Flora für die gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um den G20-Gipfel verantwortlich zu machen, steht aus Sicht des Stadtteilbeirates einem wirklichen Verständnis des Geschehens während des G20-Gipfels entgegen.

Allgemein stellt der Stadtteilbeirat fest, dass – wie auf den Beiratssitzungen als Befürchtung geäußert – vor und während des G20-Gipfels die im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative nicht mehr deutlich wahrgenommen werden konnte.

Eine Aufarbeitung eventueller Gesetzesverstöße auch durch Politik und/oder Polizei im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel ist aus Sicht des Stadtteilbeirates genauso unerlässlich wie die Verfolgung von Gesetzesverstößen bei den gewalttätigen Ausschreitungen.

Hamburg, im September 2017,
*Die Mitglieder des Stadtteilbeirates
Sternschanze*

Der Schwerpunkt für die Meldungen zur Kommunal- sowie zur Gewerkschaftspolitik ist in dieser Ausgabe das Thema „Soziale Gerechtigkeit“. Wir dokumentieren dazu im Folgenden das Vorwort aus der neuen Broschüre der linken Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Titel „Soziale Ungleichheit im Wohlstand. Reichtum und Armut in Hamburg“. Außerdem gibt es eine neue interessante Studie der Ruhr-Universität Bochum mit dem Titel „Wege zur Metropole Ruhr – Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet“. Die Regionalforscher decken akribisch die Zusammenhänge zwischen sozialräumlichen Aspekten und dem Bildungserfolg auf und fordern auf die jeweiligen Stadtquartiere zugeschnittene Lösungen. Keine neue Forderung, aber immer noch richtig, bei weitem nicht erfüllt und in der Studie gut begründet. (<https://www.stiftung-mercator.de/de/publikation/wege-zur-metropole-ruhr/>). Passend zu den Kalenderblättern aus Großbritannien dokumentieren wir zudem Meldungen aus der britischen Gewerkschaftsbewegung. *Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen*



Hamburg ist eine gesplante Stadt und das in vielerlei Hinsicht: So leben 42 000 Millionäre in der Hansestadt. Gleichzeitig sind etwa 285 000 Menschen in Hamburg von Armut betroffen – darunter besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche.

Dazu kommt, dass viele Menschen arm sind, obwohl sie arbeiten. Denn auch in Hamburg gibt es immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Zudem sind immer mehr Rentner_innen auf Grundversicherungsleistungen angewiesen.

Armut verteilt sich in Hamburg regional sehr unterschiedlich. Neben Stadtteilen mit einem sehr hohen Jahresdurchschnittseinkommen gibt es Stadtteile, in denen sich Armut, Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse und Haushalte mit Migrationshintergrund konzentrieren. Ausgerechnet

diese Stadtteile bestimmen aber die Wahlergebnisse weniger mit. Denn in Stadtteilen, die von hoher Arbeitslosigkeit und geringem Einkommen geprägt sind, ist die Wahlbeteiligung deutlich niedriger als in einkommensstärkeren Stadtteilen.

Trotz recht guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat sich die Situation der Armen in Hamburg nicht verbessert, die soziale Spaltung sogar verstärkt. Umso mehr ist es ein Skandal, dass sich der rot-grüne Senat zurücklehnt und die Hände in den Schoß legt. Hamburgs regierende Parteien ignorieren die soziale Spaltung der Stadt. Ihnen fehlt der politische Wille, vorhandene Mittel zur Bekämpfung von Armut einzusetzen.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen dient die »Schuldenbremse« immer noch als das politische Alibi für die Untätigkeit der Regierung. Dem tritt die Fraktion Die Linke entgegen und setzt sich für ein gutes Leben und die Teilhabe für alle BürgerInnen ein!

Die Fraktion Die Linke hat es sich zur Aufgabe gemacht, Armut und soziale Spaltung zu bekämpfen und sich für eine sozialere Gesellschaft einzusetzen. Die vorliegende Studie soll ein erster Schritt dazu sein!

Cansu Özdemir & Sabine Boeddinghaus
Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft

Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwelle in Hamburg und Deutschland

(in Euro nach Haushaltstyp*)

	Einpersonenhaushalt ¹								
	2005	2007	2009	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hamburg	762	812	871	913	928	934	964	1.010	1.040
Deutschland	736	764	801	849	870	892	917	942	969
	Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren ²								
	2005	2007	2009	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hamburg	1.600	1.704	1.828	1.917	1.948	1.961	2.025	2.120	2.184
Deutschland	1.545	1.605	1.683	1.784	1.828	1.873	1.926	1.978	2.035

* Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW

¹ 60% des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung

² Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte multipliziert mit dem Bedarfsgewicht des Haushalts nach neuer OECD-Skala (2,1).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabelle 7: Beschäftigungsverhältnisse in Hamburg im Juni 2016

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	932.219
davon	
Vollzeit	681.261
Teilzeit	250.937
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	106.889
Ausschließlich kurzfristig Beschäftigte	2.510
Sozialversichert oder geringfügig:	
LeiharbeiterInnen	30.329
Lohnabhängige Aufstocker	30.737
Beschäftigte mit mehreren Jobs	88.953

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale_Spaltung_Hamburg_Netz.pdf

Kommunale Politik – Initiativen wegen & gegen Armut

Linke & Piraten kämpfen für soziale Gerechtigkeit in der Godekin-Siedlung: DORTMUND. „Unsere Fraktion steht für soziale Gerechtigkeit. Einer Mietervertreibung durch eine Luxus-sanierung werden wir niemals zustimmen“ sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Piraten und stellvertretender Vorsitzender des Wohnungsausschusses. Kowalewski stellt sich damit – ebenso wie alle Mitglieder seiner Fraktion – auf die Seite der Mieterinnen und Mieter in der Godekin-Siedlung in Wellinghofen. In der Godekin-Siedlung in Wellinghofen will der Eigentümer die 128 Wohnungen modernisieren und damit auch die Preise für 98 dieser Wohnungen extrem anheben. Anfangs war ein Quadratmeter-Preis für die neuen Luxus-Wohnungen von 13,40 Euro im Gespräch. Das Bonbon, mit dem der Eigentümer den Politikern die notwendige Zustimmung versüßen will: Die restlichen 30 Wohnungen sollen als Sozialwohnungen ausgewiesen werden. „Aber: Wohnungspolitisch bedeutet dies im Umkehrschluss, dass dem niedrigpreisigen Wohnungssegment 98 Wohnungen verloren gehen“, sagt Utz Kowalewski.

Zweimal wurde die Angelegenheit schon in den politischen Gremien vertragen. Viele der Mieter sind bereits resigniert ausgezogen. Doch etwa 80 Mietparteien leben noch in dem Wohnkomplex. Wenn 30 von ihnen den Zuschlag für eine der „neuen“ Sozialwohnungen erhalten, bleiben immer noch rund 50 Familien auf der Strecke. „Auch wenn für Dortmund 30 zusätzliche Sozialwohnungen rauspringen, geht das in diesem Fall zu Lasten und auf Kosten der restlichen alt eingesessenen Mieter“, kritisiert Kowalewski. www.dielinke-dortmund.de

CDU und SPD doppelt Schuld am niedrigen Einkommensniveau in der Stadt: MÖNCHEGLADBACH. Prozentual betrachtet liegt Mönchengladbach bei der Einkommensentwicklung genau im Landesdurchschnitt. So stieg von 2014 zu 2015 das sogenannte Primäreinkommen um 2,2% und das verfügbare Einkommen um 2,4%. Das täuscht aber darüber hinweg, dass Mönchengladbach von einem sehr niedrigen Niveau kommt und im Vergleich der Städte vom Platz 236 im Jahr 2011 durchgereicht wurde auf Platz 301 im Jahr 2015, was

die aktuell veröffentlichten Zahlen der Statistik NRW belegen. „Da diese Zahlen noch nicht mal preisbereinigt sind, findet faktisch ein Kaufkraftverlust statt. Und schlimmer noch, das niedrige Lohnniveau hat kleine Renten zur Folge“, erklärt der Direktkandidat Sebastian Merken, „Damit kennen wir dann auch schon das Problem der Zukunft dieser Stadt: Altersarmut!“ Merken kritisiert die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD im Rat, dass sie dieses Problem zwar erkannt haben, es aber nicht lösen wollen: „Wenn mit ‚MGplus – Wachsende Stadt‘ mehr finanzkräftige Personen angezogen werden sollen, dann wird zwar auf dem Papier die Einkommensentwicklung besser, aber damit wird gleichfalls verschleiert, dass die jetzigen Betroffenen noch immer zu wenig zum Leben haben.“ www.die-linke-mg.de

Wo bleibt der Sozialatlas? Kinder- und Altersarmut: DARMSTADT. Der Paritätische Gesamtverband veröffentlichte Anfang dieses Jahres seinen Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Seine Ergebnisse haben in Deutschland eine breite Debatte entfacht.

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Die Armutsquote ist nach dem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Nach dem Bericht der Stadt Darmstadt zur Kinderarmut von Anfang dieses Jahres leben insgesamt 4.357 Kinder unter 15 Jahren und 5.014 Kinder/Jugendliche unter 18 Jahren in Darmstadt in Familien mit SGB-II-Bezug. Somit sind 20 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von Hartz IV betroffen. Diese Kinderarmut ist in Darmstadt sehr ungleich verteilt. Die Linksfraktion hat im Stadtparlament in der Mai-Sitzung gefragt, wann der neue Sozialatlas für Darmstadt, der längst überfällig ist, nun vorliegen soll. Sozialdezernentin Akdeniz antwortete, dass die nächste Ausgabe in Arbeit sei und zwar mit den Daten von 2016. Anfang 2018 sei mit dem Erscheinen zu rechnen. Eine Antwort, die nicht zufrieden stellen kann. Bereits für die Jahre 2009 bis 2011 war ein starker Negativtrend festzustellen. Der Bericht soll ja erklärmaßen kein Selbstzweck sein, sondern frühzeitig Fehlentwicklungen korrigieren helfen. Das ist auf diese Weise nicht möglich. www.linksfraktion-darmstadt.de

Erzieher*innen auch bei freien Trägern nach Tarif bezahlen: LÜNEBURG. Mit einem Antrag in der kommenden Sitzung des Lüneburger Stadtrates, Donnerstag 31.8., fordert die Linksfraktion, dass auch den bei freien Trägern beschäftigten Erzieherinnen und Erziehern im vollen Umfang die Leistungen des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst (TVöD) gewährt werden. Dieser soll für alle Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste jeweils nach aktuellem tariflichen Standard gelten. „Aus Gesprächen mit Beschäftigten wissen wir, dass nicht alle freien Träger unmittelbar die Tarifierhöhungen umsetzen, obwohl nach Auskunft der Verwaltung die Kosten durch die Stadt gedeckt wären. Auch finde ich es ungerecht, wenn Beschäftigten bei freien Trägern nicht die 30 Urlaubstage gewährt werden. Hier kann die Stadt nachbessern, indem sie freie Träger vertraglich an die Leistungen des TVöD bindet“, fordert Andrea Amri-Henkel. www.dielinke-lueneburg.de

Anfrage: Unbezahlbarer Wohnraum auch bei geförderten Wohnungen? MÜNCHEN. Im Mai 2017 ging es durch die Zeitungen: An der Adams-Lehmann-Straße am Ackermannbogen werden die Mieten für ehemals einkommensorientierte geförderte Wohnungen (EOF-Wohnungen) von der GBW AG alle drei Jahre erhöht – und zwar bis zur orts-

üblichen Vergleichsmiete. Diese „ortsübliche Vergleichsmiete“ ist in München aber mittlerweile in vielen Stadtteilen so hoch, dass nach mehrmaligen Mieterhöhungen die ursprünglichen Mietparteien diese Mieten gar nicht mehr bezahlen können. In einem solchen Fall führt die reale Mietentwicklung dazu, dass der geförderte Wohnraum nach wenigen Jahren gar nicht mehr für den öffentlichen Zweck – bezahlbarer Wohnraum in München – zur Verfügung steht. Deshalb fragen wir: 1. Wie viele Fälle sind der Stadtverwaltung bekannt, bei denen die Miete von EOF-Wohnungen regelmäßig erhöht wird? Wie viele Wohneinheiten sind davon aktuell betroffen? 2. Gibt es ähnliche Fälle bei den städtisch geförderten München-Modell-Wohnungen? Falls ja, wie viele Wohneinheiten betrifft dies? 3. Akzeptiert das Jobcenter diese immer weiter steigenden Mieten, auch wenn sie die „angemessene Miethöhe“ übersteigen? Oder werden die Mieterinnen und Mieter dann aufgefordert, ihre Mietbelastung zu senken? 4. Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ergriffen, um diese zweckwidrigen Entwicklungen zu unterbinden? 5. Wie kann die Stadt die betroffenen Mietparteien unterstützen? www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen in Hannovers westlichen Stadtteilen ist alarmierend: In HANNOVERS westlichen Stadtteilen besteht ein akuter Mangel an Kinderbetreuungsplätzen. Insbesondere in den Stadtbezirken Ricklingen und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt liegt die Betreuungsquote bei gerade einmal zwischen 37,3 und 33,6%. „Dieser Zustand ist zutiefst unbefriedigend und gehört auf den Prüfstand. Insbesondere einkommensschwache Familien werden durch den Mangel an Kitaplätzen in diesen Stadtbezirken beeinträchtigt und daran gehindert, ein Arbeitsverhältnis aufzunehmen, bzw. diesem nachzugehen, wenn die Betreuung und Versorgung für ihre Kinder nicht hinreichend gewährleistet ist“, so Andre Zingler (Die Linke), Rats Herr und jugendpolitischer Sprecher der Ratsgruppe Linke und Piraten im Rat der Landeshauptstadt Hannover.

In der Vergangenheit wurde von der Verwaltung in Hannover immer ein Loch mit einem anderen gestopft, sprich Kitaplätze in Krippenplätze und Hortplätze nun wieder in Kitaplätze umgewandelt. Im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt soll dem Mangel an Betreuungsplätzen mit einem größeren Kita-Neubau in der Steinbreite begegnet werden. Dieser Neubau wird allerdings nicht vor 2021 realisiert worden sein.

www.linksfraktion-hannover.de

ABG soll 10 000 bezahlbare Wohnungen bauen: FRANKFURT A.M. Die stadteigene Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding hat angekündigt, bis 2021 insgesamt 10 000 neue Wohnungen zu bauen – 9 000 davon im Frankfurter Stadtgebiet. Für Eyup Yilmaz, wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer, kommt es vor allem darauf an, wie teuer die Mieten am Ende sein werden: „Die ABG stellt seit Jahren das Profitinteresse vor die sozialen Belange. Sie baut Eigentumswohnungen und hochpreisige Mietwohnungen, aber kaum Sozialwohnungen. Außerdem macht die ABG seit Jahren Überschüsse in zweistelliger Millionenhöhe, ohne dass etwas von einer Reinvestition in den sozialen Wohnungsbau zu spüren ist. Das muss sich ändern!“ Schwierig sei auch, so Yilmaz weiter, dass die Stadt die Mieten im sogenannten Mittelstandsprogramm auf bis zu 10,50 Euro kalt pro Quadratmeter festgelegt hat. Yilmaz kommentiert: „Die ABG als stadteigene Wohnungsgesellschaft sollte nicht darüber nachdenken, Wohnungen zu bauen, die über den Mietspiegelpreisen liegen. Auch wenn der Planungsdezernent 10,50 Euro pro Quadratmeter günstig nennt und mit städtischen Geldern fördert – das ist nicht preiswert!“ Yilmaz weist darauf hin, dass die ABG weiterhin 60 Prozent nicht geförderten Wohnraum bauen will. „Dabei hat fast die Hälfte der Frankfurterinnen und Frankfurter Anspruch auf eine Sozialwohnung für fünf bis 6,50 Euro Miete. Diese Wohnungen sollte die ABG bauen!“

www.dielinke-im-roemer.de

Strukturschwache Regionen weiter fördern, gesamtdeutsches Fördersystem aufstocken: BERLIN. Statement von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, anlässlich Bundeskabinetts: Fortschrittsbericht zur Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen ab 2020: „Wegzukommen von der Förderung nach Himmelsrichtungen Ost und West hin zur Förderung nach dem Kriterium der Strukturschwäche, ist richtig. Und es ist gut, dass diese Erkenntnis inzwischen Konsens ist bei Bund und Ländern. Das Thema, strukturschwache Regionen zu stärken, gehört weit oben auf die Agenda der nächsten Bundesregierung, denn wir brauchen Lösungen nach Auslaufen des Solidarpaktes II ab 2020. Das macht auch der heutige Fortschrittsbericht des Bundeskabinetts deutlich. Die Städte warnen vor dem Eindruck, dass mit dem neuen Länderfinanzausgleich ab 2020 bereits ausreichend vorgesorgt sei gegen die wachsende Ungleichheit

zwischen einzelnen Städten und Regionen. Deshalb brauchen wir von Bund und Ländern ein gesamtdeutsches Regionalfördersystem, das das Wachstum in strukturschwachen Regionen im ganzen Land stärkt und damit zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beiträgt. Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur ist dafür ein geeignetes Instrument. Die Mittel von derzeit jährlich 320 Millionen Euro für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur müssen entscheidend aufgestockt werden, damit zurückgefallene Kommunen und Regionen wirklich aufholen können.“ www.staedtetag.de

LANDKREISTAG fordert zügige Regierungsbildung sowie breites Bekenntnis zu ländlichen Räumen und kommunaler Gestaltung: Der Deutsche Landkreistag hat die Bundespolitik anlässlich der Sitzung seines Präsidiums in Freiburg aufgefordert, zügig die Bildung einer stabilen Regierungskoalition anzustreben. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: In inhaltlicher Hinsicht müsse es in der neuen Legislaturperiode ganz wesentlich darum gehen, die ländlichen Räume als Orte des Lebens und Arbeitens voranzubringen: „Dazu gehören tatkräftige wie gestaltungsstarke Landkreise und Gemeinden, um Entwicklungs- und Veränderungsprozesse betreiben zu können. Wesentlich hierfür ist eine ausreichende Finanzausstattung.“ Wichtig sei es, die Kommunen in die Lage zu versetzen, maßgebliche Zukunftsinvestitionen etwa im Zusammenhang mit Bildung, Digitalisierung oder Mobilität zu betreiben. „Mitgestaltung und Wohlstand sind zudem das beste Mittel gegen Verunsicherung, Unzufriedenheit oder das Gefühl des Abgehängtseins in einigen Teilen der Bevölkerung. Die Bundestagswahl hat uns mehr als bewusst gemacht, dass hier viel Engagement notwendig ist“, so Sager. Der kommunale Spitzenverband hatte im Mai einen umfassenden Forderungskatalog der Landkreise zur Bundestagswahl vorgelegt. Es gehe darum, so Sager, „die Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranzubringen, um Digitalisierung und Flexibilisierung von Angeboten, um den Ausbau des schnellen Internets, um die Sicherstellung des öffentlichen Nahverkehrs auf Straße und Schiene auch in entlegeneren Gebieten, um attraktives Wohnen, eine flächendeckende medizinische Versorgung und passende Förderanreize bei Unternehmensansiedlungen.“ www.landkreistag.de

Zusammenstellung:
Ulli Jäckel. Hamburg



<https://perspektive-online.net/2017/09/mcstrike-erster-streik-der-mitarbeiterinnen-von-mcdonalds/#more-7588>

Großbritannien: Umkämpfter Lebensstandard

Erster Streik bei McDonalds in Großbritannien

Erstmalig haben Beschäftigte des McDonalds-Konzerns am 4. September, dem Datum des amerikanischen Labour Day zu einem Streik aufgerufen. In zwei Filialen, in Cambridge und in Crayford, haben etwa 40 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt, um vor allem gegen die geringe Bezahlung zu protestieren. Daneben wehren sich die Beschäftigten vor allem gegen die Praxis der Nullstundenverträge, bei denen die Beschäftigten keinen Anspruch auf eine Mindestzahl von Arbeitsstunden haben. Nach Aussagen der zuständigen Branchengewerkschaft (BFAWU – Bakers, Food and Allied Workers) wollen die McDonalds-Arbeiter die Kooperation mit Beschäftigten aus anderen Ländern entwickeln. Zum Streiktag waren Kollegen aus Neuseeland zur Unterstützung anwesend.

Keine Gebühren mehr für Arbeitsgerichtsprozesse

Ende Juli entschied der oberste Gerichtshof in England, dass die sogenannte Fees Order (Gebührenordnung) für Arbeitsgerichtsprozesse aufgehoben wird, die 2013 auf Basis eines allgemeineren Gesetzes zur Erhebung von Beiträgen für Gerichtskosten verabschiedet wurde. Der Effekt dieser Gebührenordnung war ein drastischer Rückgang von Arbeitsgerichtsprozessen, die in England noch einmal aufgrund der starken Individualisierung der Arbeitsbeziehungen und der geringeren Regelungsdichte durch Tarifverträge eine größere Bedeutung haben. Insbesondere Geringverdienern und Frauen wurde so praktisch das Recht

auf gerichtliche Klärung verwehrt. Die jetzige Entscheidung des obersten Gerichtshofes beinhaltet auch, dass bereits erhobene Gebühren zurückgezahlt werden müssen.

Quelle: <https://publiclawforeveryone.com/2017/07/26/unison-in-the-supreme-court-employment-fees-constitutional-rights-and-the-rule-of-law/>

Mindestlohn und Scheinselbständigkeit

Der Mindestlohn in Großbritannien spielt eine wichtige Rolle bei der Verhütung von Einkommensarmut. Allerdings mehren sich die Berichte von Gewerkschaften über dessen Unterlaufen durch Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit. Aktuell soll einer von sieben Beschäftigten den Status der Selbständigkeit haben. Vor allem in einigen Branchen, wie der Bauindustrie, wo mittlerweile über 50% der Beschäftigten als Selbstständige firmieren, aber wesentlich oder ausschließlich von einem Arbeitgeber abhängen, findet hierüber Lohnrückerei statt. Normalerweise fallen diese Beschäftigten auch aus den Arbeitsschutzaktivitäten der Firmen und aus allen Formen der Qualifizierung heraus.

Streik bei der Bank of England

Die Gewerkschaft Unite, die Beschäftigte in diversen Sektoren organisiert, hat erfolgreich den ersten Streik seit 50 Jahren bei der Bank of England organisiert. Nach mehrtägigen Streikaktionen im August, an denen sich vor allem Beschäftigte aus dem Bereich der Wartung und der Sicherheit beteiligten, wurde Anfang September eine Einigung zwischen Unite und dem Bankmanagement erzielt.

Aus Sicht von Unite wurden erhebliche Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht. Vor allem die unteren Lohngruppen erhalten mehr Lohn und ein zusätzlicher Urlaubstag wurde vereinbart.

Quelle: <http://www.independent.co.uk/news/business/news/bank-of-england-striking-workers-pay-agreement-public-sector-pay-cap-staff-maintenance-security-a7930806.html>

Geringere Einkommensungleichheit

In einem kürzlich vom englischen Institute for Fiscal Studies herausgegebenen Bericht werden die Ergebnisse einer Untersuchung zu den Einkommensungleichheiten in Großbritannien vorgestellt. Demnach hat die Einkommensungleichheit in der Zeitspanne von der in 2008 beginnenden Krise bis 2015-16 abgenommen. Die durchschnittlichen Einkommen sind um etwa 5% gefallen,

die Beschäftigungsquote um 1,5 Prozentpunkte getiegen. Die größten Ungleichheiten bei den Einkommen sind in London festgestellt worden. Allerdings haben die untersten 10% der Einkommen seit 2007 etwa 10% höhere Einkommen wohingegen die obersten 10% einen Verlust von ebenfalls 10% zu verzeichnen haben. Insgesamt sind laut der Studie die Einkommen in London in dem Untersuchungszeitraum um ebenfalls 10% gefallen. Ähnlich ist die Entwicklung in anderen Landteilen, allerdings auf niedrigerem Niveau. Insgesamt sind die Einkommen um etwa 5% gefallen. Die Einkommen im Südwesten sind etwa 25% Prozent höher als in den West Midlands, den Regionen mit den niedrigsten Durchschnittsverdiensten.

Quelle: <https://www.ifs.org.uk/publications/9541>

Zusammengestellt und übersetzt von
Rolf Gehring

Biegt Großbritannien nach links ab? FAZ, Mi., 4.10.17.–

Eine Umfrage von Legatum zeigt, dass mehr als drei von vier Briten die Pläne des Labour-Vorsitzenden Corbyn zur Verstaatlichung von Wasserwerken, Energieversorgern und Eisenbahnen unterstützen, jeder zweite die Verstaatlichung der Banken. Eine große Mehrheit will, dass die britische Wirtschaft vom Staat deutlich stärker reguliert wird. Während die Regierung nur signalisiert, die hohen Studiengebühren an den Universitäten nicht weiter zu erhöhen, verspricht Labour, diese komplett abzuschaffen. Familien, die sich kein Eigenheim leisten können, sollen von einer gesetzlichen Mietpreiskontrolle profitieren. Alten und Kranken verspricht Corbyn, viele Milliarden Pfund zusätzlich ins staatliche Gesundheitssystem NHS zu investieren. Finanzieren will Labour diese und weitere Ausgaben mit höheren Steuern für Besserverdiener und Unternehmen. Ein aktueller Kommissionsbericht zur „ökonomischen Gerechtigkeit“ in Großbritannien listet die Fakten schonungslos auf: die Arbeitnehmer durchlitten die längste Phase stagnierender Löhne seit 150 Jahren. Die Region um London prosperiere, aber der große Rest des Landes habe die während der Finanzkrise 2008 erlittenen Einbußen nicht wettgemacht. Die Arbeitsproduktivität liege um 13 Prozent unter dem Durchschnitt der G7-Staaten. Öffentliche und private Investitionen seien im internationalen Vergleich niedrig und seit drei Jahrzehnten rückläufig. Großbritanniens Leistungsbilanzdefizit sei das höchste im Kreis der G7-Staaten.

Deutsche Wirtschaft rechnet wegen zähen Brexit-Verhandlungen mit dem Schlimmsten. NTV, Do., 5.10.17.–

„Deutsche Unternehmen mit einem Standbein in Großbritannien und Nordirland müssen Vorsorge für den Ernstfall eines sehr harten Ausscheidens treffen“, sagte der Hauptgeschäftsführer der BDI, J. Lang. Die Fragezeichen über den Ablauf des Brexits belasteten die Unternehmen mit Großbritannien-Geschäften schwer. Viele Aktivitäten seien nicht nur unsicher, sie seien auch der Gefahr massiver Entwertungen ausgesetzt, warnte Lang. „Der Brexit, wie auch immer geartet, wird zuerst das Vereinigte Königreich treffen. Doch er wird auch Deutschland treffen.“ Lang verwies auf ein bilaterales Handelsvolumen von mehr als 170 Mrd. und einen wechselseitigen Bestand von Direktinvestitionen von mehr als 140 Mrd. Euro. Rund 400 000 Arbeitsplätze in Großbritannien würden von deutschen Firmen bereitgestellt.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Figure 3.5. Real income growth by percentile point, 2007-08 to 2015-16 (UK): before and after housing costs

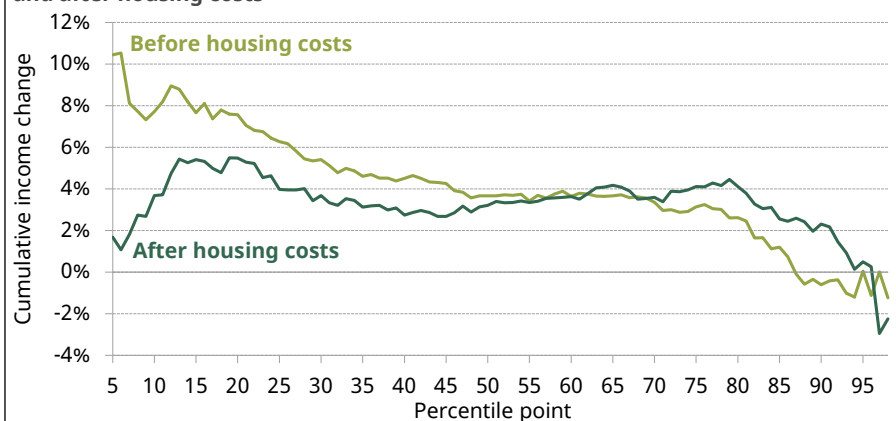
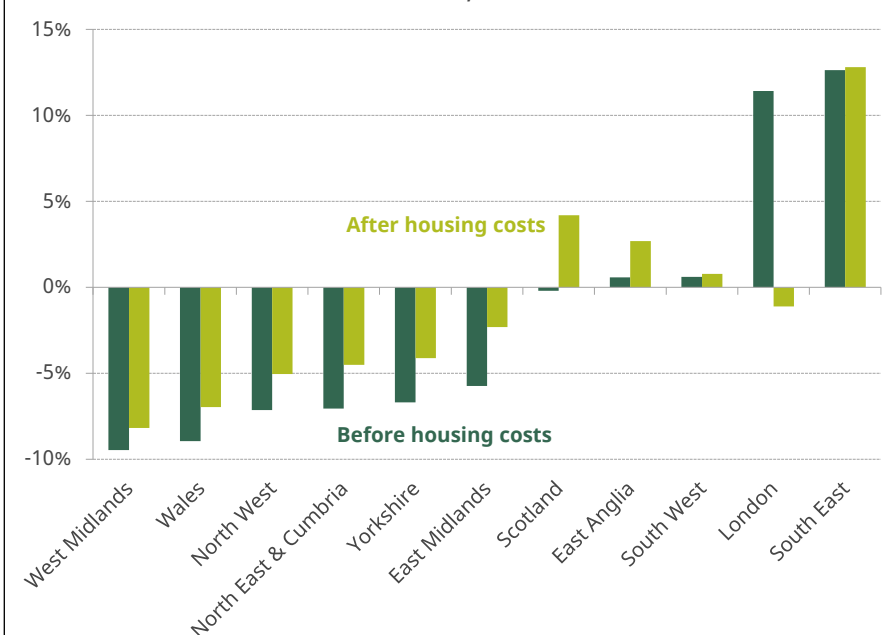


Figure 3.9. Percentage difference between median income in each region and nation of Great Britain and overall median income, 2013-14 to 2015-16



Oben: Entwicklung der Realeinkommen 2007/08 bis 2015/16 nach Perzentilen (Ablesebeispiel: 10 Perzentilpunkte = 10% aller Einkommensbezieher liegen darunter), helle Linie: vor Abzug der Wohnungskosten; dunkle Linie: nach Abzug. – Unten: Prozentuale Unterschiede bei den Medianeinkommen im Zeitraum 2013 bis 2016 in den verschiedenen Regionen von Großbritannien, dunkel vor Abzug der Wohnungskosten, helle Säulen nach Abzug.

Ursachen des Wahlerfolgs und der Umgang mit der AfD

Die AfD hat ihr Wahlziel von 15 % bei der Bundestagswahl mit 12,6 % nur knapp verfehlt. Viele zuvor Nichtwählende haben diesmal die AfD gewählt und zur gestiegenen Wahlbeteiligung beigetragen. In den Bundestag eingezogen sind dadurch zum erstenmal viele Rechtsextreme des völkisch-nationalen Flügels der Partei: Anhänger Höckes und von Storchs, Unterzeichnende der Erfurter Resolution und Personen mit Verbindungen zu den Identitären, der Burschenschaften, der NPD, der Partei „Die Freiheit“, Vertreter des offenen Terrors gegen Geflüchtete, der NS-Ideologie, der Mobilisierung sozialer, rassistischer, kultureller und religiöser Ressentiments und Angriffe auf die sozialen Grundlagen der Demokratie. 55 % der AfD-Wählerinnen und Wähler sind laut Analyse von Infratest dimap der Meinung, dass sich die AfD nicht genügend von Rechtsextremen distanzieren. Die Nähe vieler AfDler zu Rechtsaußen wird sich jetzt, wo die Partei im Rampenlicht steht, noch weniger verhüllen lassen. Auch das Hinausdrängen als gemäßigt geltender Mitglieder wie Frauke Petry nach der Wahl stärkt den rechtsextremen Charakter der AfD.

Welche politischen Erklärungen gibt es für den AfD-Wahlerfolg?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) stellt in ihrem Wahlbericht den Erfolg der AfD in Zusammenhang mit politischen Entheimungsprozessen ihrer Wählerinnen und Wähler. Die Haupt-Wahlmotive der AfD-Anhängerschaft sind „Angst vor Verlust der deutschen Kultur (95 %)“, „große Sorgen, dass sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird“ (94 %), „dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet (91 %)“ und damit verbundene Fremdenfeindlichkeit. Horst Kahrs erklärt in der RLS-Studie: „Der Erfolg lässt sich nur sehr begrenzt sozioökonomisch mit ‚Verlierern‘ und ‚Abgehängten‘ erklären. Er offenbart vielmehr das Dilemma des kulturellen und sozialen Konservatismus, der keineswegs auf die Union begrenzt ist. Die Dynamik der (transnationalen) kapitalistisch getriebenen Veränderung ... treibt Veränderungen in der Arbeitswelt, in der Lebenswelt, in den sozialstaatlichen Institutionen und fordert entsprechende Anpassungsprozesse. Politisch erscheinen sie zuweilen als Rückschritt hinter einen historisch erungenen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, also hinter bestimmte sozialstaatliche Standards, Auffassungen von Solidarität, Leistungsgerechtigkeit usw.; ein andermal als kulturelle Modernisierung im Sinne der Auflösung traditioneller, patriarchaler Bindungen an Religion, Rollenverständnisse, Familienbilder. Die SPD hat sich unter Schröder einem solchen – parteipolitisch fehlgeschlagenen – Anpassungsprozess der sozialstaatlichen Institutionen unterzogen. Die Union hörte, zumindest aus diesem Blickwinkel, unter Merkel zwecks Machterhalt auf, konservativ zu sein und begann den zweiten Anpassungsprozess auf der kulturellen und gesellschaftspolitischen Ebene (Abschaffung des obligatorischen ‚Dienstes am Vaterland‘, des wertkonservativ-patriarchalen Frauen- und Familienbildes, Ausstieg aus der Atomkraft u.a.m.).“

Vormals in dieser Partei gebundene Deutsch-Nationale und Wertkonservative, politisch Erfahrene, fühlten sich politisch entheimatet und bildeten zusammen mit ebenso ins politische Abseits gestellten Ordoliberalen eine neue Partei.“

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer nennt als Ursache für den Erfolg der AfD gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des autoritären Kapitalismus und der von ihm abhängigen Politik. Er beschreibt die Auswirkungen der ökonomischen und politischen Prozesse auf betroffene Gruppen und Individuen genauer: „Dadurch werden bestimmte Gruppen abgewertet und diskriminiert, nach ökonomischen Kriterien bewertet, also nach ihrer Verwertbarkeit, ihrer Nützlichkeit und Effizienz. Betroffen sind Langzeitarbeitslose, niedrig qualifizierte Migranten, Flüchtlinge, Obdachlose, Behinderte. Die sozial Schwachen sehen dann auf die noch Schwächeren herab. Die Solidargemeinschaft erodiert unter dem massiven Druck der Durchsetzungs- und Konkurrenzlogik des Kapitals, dem die herrschende Politik folgt. Integriert sein bedeutet, dass Menschen Zugang zu den Institutionen der Gesellschaft wie dem Arbeitsmarkt, dem kulturellen und politischen Leben haben, und auch – das ist sehr wichtig – dass sie sich als anerkannt wahrnehmen. Das Wahrgenommenwerden und die Anerkennung sind für viele aber nicht gewährleistet. Das gilt nicht nur für Zugewanderte und Flüchtlinge, sondern auch für Einheimische, vor allem für viele Menschen im Osten. Nach der Wiedervereinigung wurde bei vielen die Leistung eines ganzen Lebens entwertet. Wenn damit gedroht wird, Arbeitsplätze auszulagern, lassen sich nationale Regierungen erpressen und geben einen Teil ihrer Kontrolle über die Wirtschaft preis. Finanzkrise, Bankenskandal, Dieselskandal – In allen diesen Beispielen gab es nur Anpassungen an die Forderungen des Kapitals, die sich eben der Deregulierung bedient haben.“ (Quelle: Interview mit Wilhelm Heitmeyer in der SZ, 4.10.17)

„Die AfD darf kein normaler Akteur in Parlament, Medien und Gesellschaft sein“

Die Partei Die Linke weist darauf hin, es gäbe keinen Konsens der demokratischen Parteien über den Umgang mit der AfD, aktuelles Beispiel ist die Diskussion um die Wahl von AfD-Glaser zum Bundestagsvizepräsident.

Sie stellt fest, dass die Übernahme sicherheits- und migrationspolitischer Positionen der AfD durch andere Parteien nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer weiteren Stärkung der AfD führe.

„Das Handeln gegenüber der AfD, die von uns nicht als politischer Konkurrent sondern als Gegner charakterisiert wird, muss sich weiter daran orientieren, der fortschreitenden „Normalisierung“ der Partei entgegen zu wirken. Mit unserer öffentlichen Argumentation, ... müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass die AfD keine demokratische Alternative ist. Wir kritisieren – und skandalisieren, wenn möglich – ihre politischen Positionen, ihre Funktion als Akteur der extremen Rechten und ihre politischen, organisatorischen und personellen Überschneidungen ins Milieu der „Neuen Rechten“.

Um die AfD in ihre Schranken zu weisen, die Etablierung einer zugleich parlamentarisch und auf der Straße verankerten Partei zu verhindern und die akute Bedrohung von rechts zu bekämpfen, braucht es breite gesellschaftliche Bündnisse, die eingeübte Bündnis-Rituale in Frage stellen. Solche Bündnisse müssen nicht nur von der radikalen Linken bis hin zu demokratischen Konservativen reichen, sondern müssen vor allem real das mobilisieren, was unter dem Begriff der Zivilgesellschaft zu verstehen ist – und nicht allein deren hauptamtlich Beschäftigten: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Schulen und Schülerinnen und Schulen, Mitglieder aus Gewerkschaften und Sozialverbänden, Künstlerinnen und Künstler sowie Medienschaffende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende, Nachbarschaften, Vereine und Communities von Migrantinnen und Migranten, die zehntausende Helferinnen und Helfer der Geflüchteten, ... Diese Bündnisse müssen politisch (Stopp-) Zeichen setzen, im Alltag rechtes Denken und rechte Propaganda zurückweisen und zugleich für eine mitmenschliche Gesellschaft, für das Recht auf Asyl und Werte der Humanität werben.“ (Zum Umgang der Partei Die Linke mit der Rechtspartei AfD, Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Februar 2016)

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Ein riesiges Graffiti-Wandbild ...

... ziert seit August eine 23 Meter hohe Hauswand nahe des Hauptbahnhofs München in der Bayerstraße 69 – gestaltet von den Street-Art-Künstlern WonABC und Loomit in dreizehntägiger Arbeit

Das aufgesprühte Gemälde ist ein Andenken an den NS-Widerstandskämpfer Georg Elser, der in dem Mural auf fantasieanregende Weise mit unterschiedlichen Roman- und Comic-Figuren verbunden wird – darunter Zorro, Daniel Düsentrieb, Robin Hood und He-Man. Das Werk entstand im Rahmen einer Kooperation zwischen der Münchner Tageszeitung tz, der Ausstellung „Magic City – Die Kunst der Straße“ (endete am 3. September 2017), der Stadtparkasse München (die die Wand zur Verfügung gestellt hat) und der Einrichtung des Kreisjugendrings München-Stadt „Die Färberei“. Wünschenswert wäre allerdings auf dem derzeit nicht zugänglichen Platz vor dem Bild ein Ort, an dem es ohne Probleme in Ruhe betrachtet werden kann. Das monumentale Wandbild soll auf unbestimmte Zeit, mindestens aber für einige Jahre, an den Schreiner Georg Elser (geb. 1903) erinnern, der am 8. November 1939 ein Sprengstoffattentat auf Hitler und die Spitze der NSDAP im Münchner Bürgerbräukeller verübte – die Bombe explodierte 13 Minuten, nachdem Hitler den Raum verlassen hatte. Elser wurde auf seiner Flucht in die Schweiz nach dem Attentat in Konstanz festgenommen und in München und Berlin von der Gestapo gefoltert. Von 1941 an wurde er als „Sonderhäftling des Führers“ ohne Gerichtsverfahren zunächst im KZ Sachsenhausen, später im KZ Dachau gefangen gehalten und dort am 9. April 1945 ermordet.



Das Motiv des Wandbildes ist eine Wahl der Künstler: „Ich bewundere Georg Elser nicht nur für seine Tat, sondern auch für den frühen Zeitpunkt des Anschlags. Er wollte schnell den Krieg beenden, den

die Nazis entfesselt hatten, wissend, dass sie Europa in Schutt und Asche legen würden. Ich finde, dass Johann Georg Elser als einer der wichtigsten und frühesten Figuren des Widerstandes zu wenig in der deutschen Erinnerungskultur präsent ist. Außerdem interessiert mich die philosophische Frage, ob ein Tyrannenmord moralisch erlaubt ist – auch diese Frage werden wir in dem Werk stellen“, erklärte WonABC, bevor er ans Werk ging. Auch Loomit unterstreicht die Relevanz des Themas: „Bombenterror einerseits und moralisch legitimer Widerstand sind hochaktuelle Themen, für die Georg Elser mit seiner Geschichte steht.“ *

Hans Waschkau, München (MitLinks Nr. 61)

* Quelle der Erläuterungen der Künstler: <https://sskm.sparkasseblog.de/2017/08/22/georg-elsers-in-der-bayerstrasse/>

MitLinks für ein solidarisches München – Zeitschrift aus der Politischen Gruppe Die Linke im Stadtrat – in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik München

Nr. 61 zum online-Lesen oder Herunterladen: <http://www.flink-m.de/mitlinks1.0.html>

Unübersehbar sind die Vorstöße des Rechtsextremismus, die Fussball-Fan-Szene zu seinem Hinterland zu machen. Dass Gegenstrategien nicht zum Misserfolg verdammt sind, belegt anschaulich die Entwicklung beim TSV 1860 München. In MitLinks Nr. 61 berichtet Dr. Markus Drees, Freunde des Sechzger Stadions e.V. (FDS) ausführlich **„Vom tiefen Fall des TSV „International“ 1860 und der Wiederauferstehung als sympathischer, regional geerdeter Regionalligist im Giesinger Stadion“** sowie Johannes Kakoures über eine Veranstaltung des **Forums Linke Kommunalpolitik München** mit den **Stefanie Dilba** (siehe Foto) von den **Löwenfans gegen Rechts** zum Thema **Braune Schafe im Löwenrudel**.



Die Reformation – ein Weg in die Moderne

Aber ein zwiespältiges Erbe

Der 31. Oktober ist in diesem Jahr 2017 einmalig ein gesamtdeutscher gesetzlicher Feiertag. Grund ist das staatlich und kirchlich gefeierte Jubiläum der Reformation. An diesem Tag vor 500 Jahren soll Martin Luther seine „95 Thesen gegen den Ablass“ als Aufforderung zur Disputation an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg genagelt haben. Dieses Ereignis gilt in der protestantischen Tradition, auch wenn es historisch in dieser Form wohl kaum stattgefunden hat, als Ausgangspunkt der reformatorischen Bewegung.

Aber auch Jubiläen haben ihre Geschichte. Die Hundert-Jahr-Feier der Reformation des Jahres 1617 war die erste breitenwirksame außeruniversitäre Feier eines historischen Jubiläums in Deutschland überhaupt – angeordnet von dem protestantischen Fürsten Johann Georg I. zur geschichtspolitischen Legitimation der regierenden sächsischen Dynastie. Kein deutscher Staat hat es seitdem versäumt, das Luther-Jubiläum anzuordnen. Wer Jubiläen feiert, dem geht es in erster Linie nicht um das historische Ereignis selbst, sondern er will daraus für sich aktuell ideologische Kraft gewinnen. Er will damit dokumentieren, ein bestimmtes historisches Ereignis sei für ihn gleichsam identitäts-stiftend von Bedeutung. Damals ging es darum, selbstbewußt die protestantischen Kräfte, Reformierte, Calvinisten und Lutheraner, politisch, aber auch militärisch zu sammeln: Wenige Monate später brach 1618 im Jahr darauf der Dreißigjährige Krieg aus. Die Funktion dieses Jubiläums zur Erhöhung der Kriegs- und Opferbereitschaft für die lutherische Konfession wird man nicht unterschätzen dürfen. Luther wurde als gottgesandter Prophet gefeiert. Der religiöse und militärische Sieg über das

Papsttum wurde erwartet: „Als ich (Martin Luther) lebte, Papst, war ich deine Pest, als Toter werde ich dein Tod sein!“ war damals beliebtes Zitat.

Staat und Kirche feiern Luther

Heute stehen andere Schlagworte im Vordergrund. In seinem Beschluß von 2011 zum Reformationsjubiläum sieht der Bundestag die Gelegenheit, „... die christliche Verwurzelung sowie die Beiträge des christlichen Glaubens und der Kirche zur sozialen Verantwortung, zur Ausbildung moderner Grundrechte und den Grundlagen der Demokratie ...“ zu thematisieren und das mit ganz viel Geld zu unterstützen. Sogleich wurden fünf Millionen Euro für die Vorbereitung der Feierlichkeiten vom Bund lockergemacht. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat zunächst versucht, das Reformationsjubiläum unter dem Stichwort „Kirche der Freiheit“ oder „Entdeckung der Freiheit“ zu setzen. Schließlich faßte sie das alles mit den Worten zusammen: „Am Ende ist der Bogen bis zur Aufklärung zu spannen.“ Freiheit, Toleranz, Bildung, Menschenrechte, Rechte der Frauen und Demokratie, ausnahmslos Sinnstiftungen, die die Reformation für Staat und Kirche zu elementaren Voraussetzungen, wenn nicht sogar zu einer Art „Urknall der europäischen Moderne“ stilisieren sollten. So kann man etwas ironisch, schaut man sich die einschlägigen Anordnungen zum Reformationsjubiläum an, ohne groß zu übertreiben, feststellen: Die Beschlussfassungen von Bundestag und Landesregierungen stehen ganz in der Tradition der seit 1617 durch die weltlichen Obrigkeiten evangelischer Territorialstaaten in Verbindung mit den Kirchen initiierten Reformationsjubiläen.

Gibt es etwas feiern?

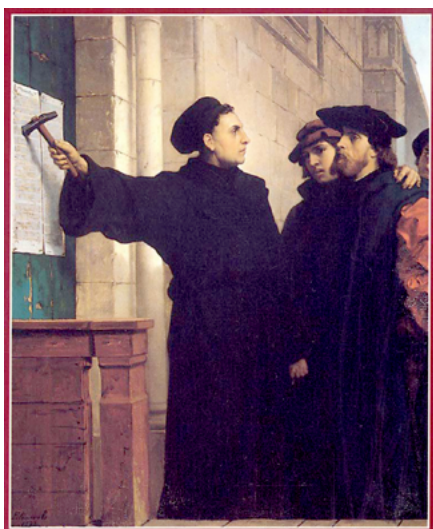
In den vergangenen Monaten hat die evangelische Kirche Tausende von Veranstaltungen in allen möglichen Bereichen in Szene gesetzt: Auf dem Kirchentag, in ihren Gemeinden, an Schulen und Universitäten, in der Musik, der Malerei und in den Museen. Je näher aber die

staatlich und kirchlich Feiernden dem 31. Oktober 2017 kommen, desto mehr gewinnt man den Eindruck, daß ihnen der eigene tiefere Sinn verloren gegangen ist. Die großen Worte von Kirche und Staat bröseln langsam weg. Das mag für einige stramme Lutheraner sicher anders sein. Für nicht religiös gebundene Menschen bleibt es aber recht diffus und unverständlich, warum man diesen Reformationstag feiern sollte.

Doch, es ist durchaus sinnvoll, sich mit der Reformation zu befassen. Aber nicht, weil Luther ewige Inhalte verkündet hat, von denen wir heute noch zehren und die als Grundlage unserer abendländischen Kultur zu dienen haben. Was Martin Luther historisch und wirkungsgeschichtlich losgetreten hat, kann man so zusammenfassen: Er hat für die damalige und die folgenden Zeiten eine richtige und wichtige Frage gestellt: „Was ist die Norm, die der Religion zugrunde liegt?“ Bereits in den frühen grundlegenden Auseinandersetzungen Luthers mit der katholischen Kirche ging es um die Frage dieser Norm und der Autorität in der Religion. Ist es der Papst in Rom als letzte Lehrinstanz? Oder ist es die Heilige Schrift, also die Bibel selbst als die erste und einzige Grundlage des Christentums?

Diese Frage nach der Norm in der Religion ist der eigentliche historische Wendepunkt, hinter den es kein Zurück mehr gibt. Er markiert die Reformation als das besondere historische Ereignis an das wir uns am 31. Oktober erinnern sollten. Ist diese grundlegende Frage erst einmal in den gesellschaftlichen Raum gestellt und von den Menschen aufgegriffen worden, kriegt man sie nicht mehr aus der Welt. „Was ist die Norm der Religion, der der Mensch gehorchen soll?“ Ist es das Gewissen, ist es die Heilige Schrift, ist es das Lehramt der Kirche, ist es die Tradition? Alle müssen sich zu dieser Frage nun verhalten. Und plötzlich ist es möglich, ja notwendig, über Religion selbst und was ihr zugrunde liegt zu diskutieren und zu streiten. Die unbefangene Sicherheit, eine nicht hinterfragbare Wahrheit zu haben, ist verloren gegangen.

Die Folge war für die damalige Gesellschaft eine dramatische Erkenntnis: Es gibt keine Lösung in diesem Streit um Grundlagen und Norm von Religion. Es war daher für Katholiken und Protestanten nicht möglich, eine gemeinsame rationale Basis dafür zu finden, um zu erörtern, warum und worin man sich unterscheidet. Norm steht gegen Norm; Wahrheit gegen Wahrheit. Das gilt auch noch heute für jeden noch so gutwillig geführten „interreligiösen“ Dialog. Die Tragik dabei ist, daß die Menschen im Dreißigjährigen Krieg und im darauf



Luthers Thesenansschlag von 31. Oktober 1517, in der Darstellung des 19. Jahrhunderts. Dieses Ereignis wird zu allen Zeiten von den protestantischen Kirchen idealisiert.

folgenden „Konfessionellen Zeitalter“ des 17. und 18. Jahrhunderts für diese Erkenntnis blutig haben leiden müssen.

Zweifeln ist Unglaube

Eines ist klar: Luther wollte bestimmt keine freie Diskussion über die Religion. Das war ganz und gar nicht sein Ausgangspunkt, als er den berühmten Satz gesprochen hat: „Assertio est modus loquendi theologicus!“ Das heißt übersetzt: „Die Behauptung ist die einzige Form, in der ein christlicher Theologe reden darf“. Für Luther galt: Diskutieren, das ist Zweifeln. Zweifeln ist Unglaube. Unglaube aber ist des Teufels! Es ist der Widerspruch in der Reformation: Martin Luther hat die Frage nach der Norm der religiösen Wahrheit gestellt, aber nur, um sie seinerseits ein für alle mal und endgültig zu beantworten: „Allein Christus, allein der Glaube, allein die Schrift, allein die Gnade.“ Das wurden die zentralen Aussagen der lutherischen Konfession.

Bereits in der frühen Reformationsgeschichte zeigen sich die Folgen dieser Haltung. Schon sehr bald spaltete sich die reformatorische Bewegung in die unterschiedlichsten Gruppierungen: Lutheraner, Calvinisten, Täufer. Auch im evangelischen Lager konnte man sich über die Norm der Religion nicht mehr verständigen. Denn wie legt man die Heilige Schrift aus, wenn nur die Bibel die Norm sein soll? Zu viel Widersprüchliches steht da geschrieben. Reicht es aus, den Heiligen Geist für sich zu beanspruchen, der den Gläubigen den einzig richtigen Weg weisen kann? Oder braucht man doch auch die nun eigene Tradition der Kirche indem man sich zum Beispiel auf Aussagen Luthers oder auch anderer Reformatoren beruft? Welche Rolle spielt dabei die Vernunft und die wissenschaftliche Erkenntnis? Betrachtet man die Geschichte des Protestantismus über die gesamten 500 Jahre bis ins 21. Jahrhundert, so stellt man schnell fest: Immer wieder kommt es in den evangelischen Konfessionen zu heftigem Streit über diese Grundfragen. Das ist ein typisches Erbe der Reformation! Immer wieder bilden sich im Protestantismus neue Kirchen und Religionsgemeinschaften, statt sich über die Normenfrage des Glaubens verständigen zu können. Bis heute gibt es keinen Abschluß der Normen-Debatte. Zwar ist in den staatlich domestizierten Landeskirchen gegenwärtig einigermaßen Ruhe eingekehrt. Die modernen fundamentalistischen und evangelikalen Bewegungen, nach deren Auffassung die Bibel direkt von Gott in die Feder diktiert wurde, sind dagegen ein lebendiger Beweis: Je orthodoxer die Auffassung, um so mehr die Neigung zu Abspaltung und Neugründung.



Protestantisches Zusammengehörigkeitsbewußtsein 1617: Luther und Calvin im Kreise von Reformatoren. Im Vordergrund die verschreckte Papstkirche.

Wer die „bekenkende Behauptungen“ aufgibt, „Tolle assertiones, et Christianismus tulisti!“, so Luther, der gibt das Christentum auf. Es gehört zur Tragödie der Wirkungsgeschichte der Reformation, daß alle Anhänger der Reformation ihm darin gefolgt sind. Hingegen vertraten Erasmus von Rotterdam (1466 bis 1536) und die zeitgenössischen Humanisten ein anderes Prinzip. Für sie war die rationale Argumentation aufgrund von Tatsachen im Austausch mit anderen Meinungen die Grundlage aller Erkenntnis an Stelle bloßer Konfrontation.

Wir sind Erben der Wirkungsgeschichte

Im Trienter Konzil (1545 und 1563) beschritt nun auch die Katholische Kirche diesen konfessionalistischen Weg. Ebenso der Westfälische Friede von 1648, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. Zwar wurde in dem Vertrag von Osnabrück und Münster die Mehrkonfessionalität für das Heilige Römische Reich beschlossen, aber weiterhin galt für die zahlreichen Territorien, dass jeder Fürst ungebrochen seinen konfessionellen Wahrheitsanspruch und die von ihm geduldete Religion bestimmen durfte. Concordienformel, Heidelberger Katechismus und die dogmatischen Festlegungen des Tridentinums waren die ideologisch-konfessionellen Waffen, mit denen man zukünftig aufeinander einschlug, nachdem dreißig Jahre lang die Kanonen keine befriedigende Lösung für eine Konsolidierung der lateinischen Christenheit gebracht hatten. Dem Herrschaftsprinzip „cuius regio eius religio“, bei dem der Fürst mit seinem eigenen Bekenntnis entweder zum evangelischen oder zum katholischen Glauben für alle Untertanen die Konfession in seinem Territorium bestimmte, entsprach am Ende für den einzelnen Bewohner eines Landes nur noch die Möglichkeit, sich

zu unterwerfen oder auszuwandern; immerhin gab es jetzt das „ius emigrandi“. Diese Stärkung der Territorialstaaten beförderte langfristig die Entstehung eines Systems rechtlich gleicher Partikularstaaten. Für das heutige Deutschland bewirkte dies, daß sich daraus der Föderalismus als eine Form staatlicher Gewaltenteilung entwickeln konnte.

Erst der Absolutismus, der sich in der Neuzeit entwickelt, schafft künftig neue, politische, quasi säkulare Handlungsmöglichkeiten. Im Interesse von wirtschaftlicher und regionaler Entwicklung werden unter den Herrschern der einzelnen Territorialstaaten zunehmend unterschiedliche Konfessionen zugelassen. So zum Beispiel in Bayern und Preußen die Hugenotten, bei den evangelischen dänischen Königen und Herzögen die Mennoniten, Remonstranten, Herrnhuter, ja sogar Katholiken und Juden.

So kann man am Ende tatsächlich sagen, daß Martin Luther durchaus einen Weg in die Neuzeit eröffnet hat, indem er die Frage nach der Norm in der Religion aufgeworfen hat. Zugleich aber war er zutiefst verwurzelt im Mittelalter, weil er diese Frage im Sinne der universellen Wahrheit meinte eindeutig und abschließend beantworten zu können. Er stand damit Kaiser und Papst näher, als er das je selbst hätte wahrhaben wollen. Im Blick auf die diesjährigen Reformationsfeiern kann man sagen: Religiöse wie unreligiöse Menschen sind Erben von Luthers Wirkungsgeschichte. Es ist ein jedoch ein zwiespältiges Erbe. Luthers Frage war zwar richtungsweisend. Das Erbe seiner Antworten aber treten wir nicht an.

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Literaturhinweis: Udo Di Fabio, Johannes Schilling (Hg.) Die Weltwirkung der Reformation. Wie der Protestantismus unsere Welt verändert hat. C.H.Beck, 2017 16.95 Euro

Das erste Gesetz gegen Kinderarbeit passiert das britische Parlament

Gründung der Königlichen Kommission zur Untersuchung von Kinderarbeit in Fabriken

Die Industrialisierung Mitte des 18. Jahrhunderts in England brauchte Massen von billigen Arbeitskräfte. Männer, Frauen und Kinder waren in den Fabriken schrecklichen, gesetzlich unregulierten Bedingungen ausgesetzt, geschuldet der „Laissez-faire“-Haltung gegenüber den Privatrechten der Fabrikbesitzer.

Historisch waren lokale Pfarreien, Städte und Dörfer verantwortlich für die „Pflege“ von arbeitslosen, verarmten, kranken und sterbenden Menschen – den „Paupers“ – es gab keine staatliche Fürsorge. In den 1790er Jahren geriet das System unter starken Druck, da immer mehr Menschen Hilfe suchten, vor allem weil die steigenden Kosten für Brot ihre Einkommen aufzehrten, aber auch, weil Elendslöhne unterhalb des Armengesetzes gezahlt wurden.

Reformen waren nötig, und die Änderung des Armengesetzes („Poor Law Amendment Act“) von 1832 mündete in der Einrichtung von Arbeitshäusern, in denen die „Paupers“ gezwungen waren, gegen magere Kost und Logis niedrige Arbeiten zu verrichten. Kinder aus solchen Einrichtungen wurden gewöhnlich im weiteren Leben „Lehrlinge“ von privaten Arbeitgebern. In respektablen Haushalten oder bei solchen Arbeitgebern waren diese Elenden unerwünscht. Daher waren es nur die ungeeignetsten Lehrherren, bei denen die „Lehrlin-

ge“ von jungen Jahren an lange gebunden blieben. Pfarrgemeinden, deren Vorsteher sowie Verantwortliche der Arbeitshäuser wollten „Pauper“-Kinder loswerden, ganz gleich in welchem Handwerk und unter welchen Arbeitsbedingungen. Damit wollten sie sichergehen, dass sie in einer anderen Pfarrgemeinde sesshaft werden und der eigenen Gemeinde nicht länger auf der Tasche liegen. „Pauper“-Kinder aus den Arbeitshäusern im Süden Englands wurden in die neuen Siedlungen im Norden exportiert, wo sie in den Hütten der Stahlindustrie als kostenlose Arbeitskräfte dienten.

Die frühe britische Fabrikgesetzgebung zielte auf die Begrenzung der Ausbeutung von „Pauper“-Kinderarbeit, vor allem in den Baumwollfabriken von Lancashire. Schon 1794 verabschiedeten die Lancashire-Richter eine Resolution; einige Behörden versuchten die Kinder in ihrer Obhut zu schützen. Sie untersagten die Annahme von Lehrstellen bei Meistern, für die sie überlange Arbeitstage ableisten mussten.

Das 1802 verabschiedete Gesetz zur Gesundheit und Moral der Lehrlinge („Health and Morals of Apprentices Act“) deckte nur den Schutz der „armen Kinder“ ab, erst 1819 mit dem Fabrikgesetz wurde Ausbeutung und Missbrauch von Kindern in Baumwollfabriken generell eingedämmt. Nur schwache Standards

bezüglich Hitze, Licht und Belüftung wurden eingeführt und Arbeitszeiten wurden auf zwölf (!) Stunden pro Tag begrenzt. Schlafplätze für Jungen und Mädchen sollten getrennt sein, irgendeine Form der Bildung sollte zur Verfügung gestellt werden. Das Ganze war schwierig zu verwalten, da die Kompetenzen von Werksinspektionen unzureichend waren. Die Vollstreckung durch örtliche Friedensrichter funktionierte kaum. Örtliche Friedensrichter waren oft selbst Arbeitgeber, zeigten kein Interesse, und viele waren einfach zu nachsichtig mit den Arbeitgebern.

In den Jahren 1815, 1825 und 1831 wurde das Gesetz von 1802 jeweils geändert mit dem Ziel, es wirksamer zu machen. Bestimmungen waren aber auch leichter zu umgehen, seit Änderungsanträge im Jahre 1825 „freien“ Kindern bei Einwilligung ihrer Eltern erlaubten, über die gesetzlich vorgesehenen Begrenzungen hinaus zu arbeiten. In Wahrheit gab es wenig Unterschiede zwischen dem „Pauper“ und dem „freien“ Kind, und um 1830 musste die Regierung sich den Problemen in den Fabriken stellen.

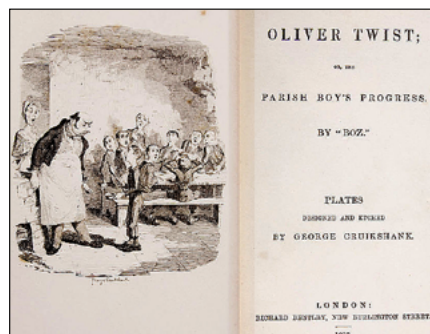
Die „Zehn-Stunden-Bewegung“, die stark evangelistisch und philanthropisch beeinflusst war, erwies sich als wachsende Kampagne. Führer der Bewegung kamen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Sie hatten wenig für

Charles Dickens: Oliver Twist – der scharfe Blick auf das Leben der „Paupers“

Oliver Twist ist eine recht verwickelte Geschichte eines Fürsorgezöglings der damaligen Zeit. Sein Weg führt ihn zwischen menschenverachtender Heimrealität, krimineller Kinder-Diebesbande, niederträchtiger Erbschleicherei auf der einen Seite, freundlicher Zuwendung, liebender Aufmerksamkeit und Pflege, Schutz und Unterstützung auf der anderen Seite. Nicht das Ziel dieses Weges steht dabei im Mittelpunkt – am Ende des Romans kann er glücklich und von Sorgen befreit leben –, es ist der Weg selbst und die Verwicklungen, die Begegnung mit Menschen und deren Lebenswelten, die diesem Roman seinen Erfolg gebracht haben. Er gab Impulse in die sozialen Bewegungen in England um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die Bitte nach mehr Nahrung im Kinder-Armenhaus bringt Oliver eine Woche Kohlenkeller-Arrest ein. Der Fürsorge entkommt er durch Aufnahme bei einem ehrlichen Sargtischler, dort ist es

der Nebenlehrling, der Oliver das Leben schwermacht und ihn zur Flucht nach London treibt. Der jüdische Hehler Fagin gliedert Oliver in eine Kinderdiebesbande ein. Ein missglückter Raub endet für Oliver – immer noch ein Kind! – unerwartet: aus Mitleid nimmt ihn der Beraubte, Mr.



Brownlow, auf. Aber Fagins Bande, vor allem die rücksichtslosen und gemeinen Sykes und Nancy, zwingen ihn zurück; der nächste misslungene Einbruch führt

Oliver ins gütige Haus Maylie, und als dann überraschenderweise Nancy Oliver unter Lebensgefahr vor den mörderischen Plänen seines Halbbruders Monk warnt, nimmt die Geschichte Fahrt auf und die Fäden werden entwirrt: alle Personen, die Oliver geholfen haben, tragen dazu bei, dass seine wahre Herkunft entdeckt wird. Seine Feinde sterben.

Ursprünglich in Fortsetzungen zwischen 1837 bis 1829 in der Zeitschrift „Bentley's Miscellany“ sind seither zahlreiche Übersetzungen erschienen. Der Romaninhalt, den Wikipedia als „zum Teil drastische Schilderung von Kinderarbeit, Verbrechen und Pauperismus zur Zeit der Frühindustrialisierung“ charakterisiert, lieferte zudem den Stoff für zahlreiche Verfilmungen (die erste 1909!) in mehreren Ländern, Zeichentrickfilmen, Hörspielen, Musical und Theaterstücken wie auch für Comics.

Eva Detscher, Karlsruhe

Schornsteinfegerkrebs

Nur mit Hosen und einem Shirt bekleidet, teils sogar nackt wurden junge Schornsteinfeger in vielen europäischen Ländern zur Reinigung der Schornsteine eingesetzt. Ab einem Alter von vier Jahren wurden die Jungen in die sehr engen Schornsteine geschickt, um diese zu reinigen, eine Arbeit auszuführen, die hart, gefährlich, oft todbringend war. Die Jungen schliefen unter Rußsäcken, Einrichtungen zur Hygiene wurden nicht zur Verfügung gestellt, es fehlte an Möglichkeiten, sich zu waschen. Was später als Schornsteinfegerkrebs bekannt wurde, war ein durch den Ruß verursachter

Krebs am Hodensack der Schornsteinfeger. Die Krankheit entwickelte sich schon in einem durchschnittlichen Alter von 38 Jahren, es lagen sogar Fälle von Achtjährigen vor, die die Krankheit befiel. Es war Sir Percivall Pott, ein 1714 in London geborener Mediziner und Chirurg, der den Zusammenhang zwischen der Arbeit der Schornsteinfeger und der Krankheit entdeckte. 1775 beschrieb er diesen Zusammenhang und die Histologie des Krebsgewebes, vor allem aber auch den Zusammenhang mit der Arbeit. Der Ruß und seine chemischen Bestandteile wurden als krebserzeugende Stoffe erkannt. Die Anwendung wissenschaftlicher Methoden auf die Arbeits-

bedingungen, gewissermaßen die Etablierung der Arbeitsmedizin, hatte die Öffentlichkeit erreicht und eine Debatte über die Arbeits- und Lebensbedingungen ausgelöst, die in der Folge zu dem sogenannten „Chimney Sweepers Act“ von 1788 führte, der die Beschäftigung von Jungen unter dem Alter von acht Jahren verbot, die Einwilligung der Eltern zur Voraussetzung ihrer Beschäftigung machte und angemessene Versorgung mit Kleidung und Lebensbedingungen vorsah. Percivall Potts Arbeiten, die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, wurden ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der Epidemiologie und der Arbeitsmedizin. *Rolf Gehring, Brüssel*

Abb. rechts: Elterliche „Komplizenschaft“: Eine Mutter drängt ihr benommenes und erschöpftes Kind, um die Geldstrafe für ein zu spätes Erscheinen in der Fabrik zu vermeiden. (Leben und Abenteuer des Michael Armstrong, des Fabrikjungen; von Frances Milton Trollope, 1840). Entnommen aus: Hunter, D The Diseases of Occupation 6th edition 1978, Pub'd Hodder & Staughton ISBN 0 340 22084 8 (Kopie aus dem Buch aus Bill Lawrences Privatbibliothek.)

sich persönlich zu gewinnen, denn die Kampagne hatte moralische und religiöse Ursprünge. Das verband sie mit den Arbeitern im Kampf gegen die Unmenschlichkeiten der Fabrikarbeit.

Unter den Reformatoren war William Cobbett, ein radikaler Journalist und Parlamentarier, der die gängige Einstellung kritisierte, dass kürzere Arbeitszeiten die Produktivität senke und das Vereinigte Königreich seine Dominanz im Welthandel verlöre. Cobbetts Antwort war, dass, wenn dieses Argument korrekt war, Englands industrielles Wohlergehen „auf 30 000 kleinen Mädchen gründete. Und wenn diese kleinen Mädchen zwei Stunden am Tag weniger arbeiteten, würden wir unsere Vormachtstellung in der Warenfertigung verlieren.“

Die wachsende Reformbewegung hat-

te in Lancashire durch die militante Baumwollspinner-Gewerkschaft („Cotton Spinners Union“) begonnen. Diese agitierte während der 1820er Jahre aus ihrer Enttäuschung über die fehlende Durchsetzung bestehender Gesetze heraus und wegen des Zusammenbruchs von Streiks gegen Lohnkürzungen, als die Industrie eine Rezession erlebte aufgrund von knapperen Rohstofflieferungen aus den USA, die mit der Abschaffung der Sklaverei zusammenhingen.

Fabrikarbeiter wurden aufgefordert, Ausschüsse für kürzere Arbeitszeiten („Short-Time-Committees“) zu organisieren, und „kurzerhand bildeten sie Ausschüsse in allen Fabrikstädten und Dörfern, um Informationen zu sammeln und Fakten festzuhalten“. Diese Ausschüsse wählten Zeugen für den 1832 eingerichteten parlamentarischen Sonderausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten Michael Sadler, der durch seine Arbeit im Familienbetrieb, einer Leinenfabrik, mit den brutalen Arbeitsbedingungen vertraut war und sich um Reformen bemühte. Sadders Ausschuss erhielt Berichte über unterentwickelte, verkrüppelte, verstorbene, deformierte, und erniedrigte Kinder und Jugendliche und gab zu Protokoll: „... jede einzelne Erzählung eines geschändeten Lebens ist ein lebender Beleg für die Grausamkeit des Menschen gegenüber seinen Mitmenschen...“

Im März 1832 fand eine Pilgerfahrt nach York statt, eine Massendemonstration für eine Reform in den Fabriken und im Juli 1833 wurde eine riesige Kundgebung mit 100 000 Teilnehmern in Wibsey Moor, Bradford abgehalten. Anschließend erkannte die königliche Kommission folgende Missstände an: unverhältnismäßig lange Arbeitszeiten – täglich

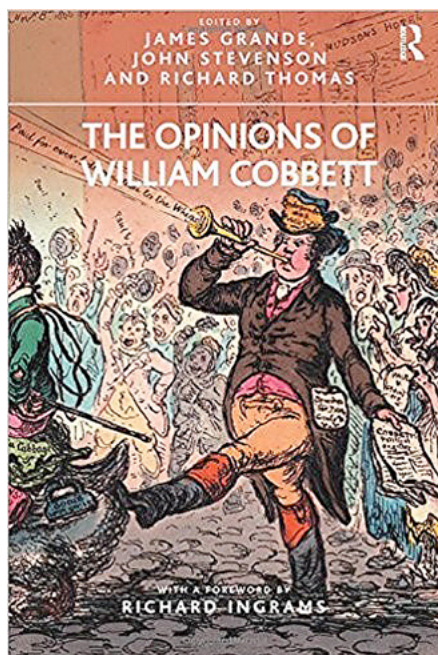


FIG. 46.—A Mother urges Forward her Benumbed and Exhausted Child in order to avoid the Fine for Being Late at the Mill
(Life and Adventures of Michael Armstrong, the Factory Boy, by Frances Trollope, 1840)

13 Stunden und mehr, verkürzte Essenszeiten, mangelnde Ruhezeiten, dreckige und staubige Fabriken, schweres Heben, ungeschützte Maschinen, Gesundheitsgefahren durch Erschöpfung, dauerndes Bücken, und körperliche Missbildungen. Dazu kam noch die Grausamkeit der Aufseher mit Schlägen und Strafen für Unpünktlichkeit, diese Kultur der Gewalt ließ Angst walten. Im Fall der „freien“ Kinder kam noch die fahrlässige Komplizenschaft der Eltern hinzu.

Die Kommission ernannte die ersten vier Fabrikinspektoren, da die örtlichen Friedensrichter frühere Gesetzeserlasse nicht durchgesetzt hatten und die Arbeitszeiten von jungen Menschen nicht kontrollierten. Ein Zehn-Stunden-Tag wurde für 13- bis 18-Jährige eingeführt, und die Gesetze wurden von Baumwoll- auf Woll- und Leinenfabriken ausgeweitet. Allerdings weitete sich die Geltung der Gesetze nicht auf Fertigungsstätten außerhalb der Textilindustrie aus.

Bill Lawrence, Newcastle



Cover of the Routledge (2013) pub. ISBN 10-140 946 4326

Aktuelles	2
Klagen gegen Verbot von linksunten.indy-media erhoben • Kommission kündigt europäische Arbeitsinspektion an • Britische Regierung und Brexit • Nationalratswahlen in Österreich • Frankreich: Proteste gegen Verordnungen zum Arbeitsgesetz • Referendum in Südkurdistan	
Verfassungskrise in Spanien: Souveränitätsdenken blockiert sachlichen Dialog	5
Vereinigte Rechtsextreme: „Trump bringt unser Amerika zurück“	6
Auslandsnachrichten	8
Frankreich: Automatisierung ohne Arbeitsplatzverlust • Italien: Brutale Attacke auf Arbeitsplätze bei Nestlé • Spanien: Gutes Abkommen für Beschäftigte im Gastgewerbe • Norwegen: Streik für Rechte und Anerkennung • Estland: Einkommenskonvergenz hat sich verlangsamt • Schweiz: Arbeitsüberlastung im Gesundheitssektor • Lichtenstein: Lohnforderungen für alle Branchen und Berufe • Österreich: Faire Arbeit, gegen Dumpinglöhne • Österreich: ÖBB-Postbus, Lohnerhöhung mindestens 42 Euro • Tschechien: Lohnsteigerung für öffentliche Arbeitnehmer • Tschechien: Škoda-Gewerkschaften fordern über 10% • Kroatien: Wachstum zur Reduzierung der Auswanderung • Griechenland: Arbeiter im Asyldienst streiken Türkei: Lehrer gegen ihren Willen versetzt • Iran: Friedlicher Protest für Freilassung eines Fahrers • Philippinen: Wiedereinstellung einer Gewerkschaftsführerin	
Aktionen ... Initiativen	10
DGB: Bundestagswahl 2017: Es gibt viel zu tun • Flüchtlingsschutz in den Koalitionsvertrag • AfD macht Jagd auf Demokraten zum politischen Programm • Jetzt erst recht: Bundestag Nazifrei! Petition unterschreiben • Stellungnahme von Ulla Jelpke zum Ausgang der Bundestagswahl	
Hamburg: Der G20-Sonderausschuss der Bürgerschaft hat seine Arbeit aufgenommen	12
Kommunale Politik – Initiativen wegen & gegen Armut	13
Großbritannien: Umkämpfter Lebensstandard	16
Ursachen des Wahlerfolgs und der Umgang mit der AfD	18
Ein riesiges Graffiti-Wandbild ...	19
Die Reformation – ein Weg in die Moderne	20
Kalenderblatt 1833: Das erste Gesetz gegen Kinderarbeit passiert das britische Parlament	22
Quellensammlung zur Bundestagswahl 2017	24

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 9. November 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 3. November. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Die Erscheinungstermine 2017: 9. Nov., 7. Dez.

Quellensammlung zur Bundestagswahl 2017

Zum Abschneiden der Linkspartei in Wahl-nachtbericht von Horst Kahrs

Die Linke bleibt ebenfalls stabil, erreicht absolut mehr Zweitstimmen als 2013 und erzielt das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte. In ihrer Wählerschaft gibt es erhebliche Veränderungen. Der Rückhalt im Osten geht deutlich zurück, auf 17,1%. Im Westen wächst die Partei auf 7,2% der gültigen Stimmen. Das verschiebt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung westliche Landesverbände. Auch der überdurchschnittliche Zuspruch unter jüngeren Wählerinnen und Wähler hält an. Offensichtlich setzt sich für die Partei (nicht nur im Osten) der Trend einer wachsenden Schere zwischen den Ergebnissen in Städten und ländlichen, peripheren Regionen fort. Dazu zählt auch, dass die Partei wieder wie die frühere PDS einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil unter Akademikern erreicht. Die Partei befindet sich im Umbruch, dieser führte unterm Strich zu keinem Einbruch, insofern war die Wahlstrategie erfolgreich. Unter den veränderten politischen Bedingungen wird es darauf ankommen, die vorhandenen strategischen und gesellschaftspolitischen Blockaden zu überwinden, um größere politische Handlungsoptionen zu erlangen.

www.horstkahrs.de

Ost-West-Unterschiede wieder größer: Wahl-nachtbericht Linke, Bereich Strategie

Die Wahlergebnisse in den alten und neuen Ländern unterscheiden sich auch bei dieser Bundestagswahl: Union, SPD, Grüne und FDP sind im Westen erfolgreicher, Linke und Sonstige einschließlich der AfD im Osten. Über alle Parteien hinweg gerechnet waren die Gesamtunterschiede zwischen West und Ost zur Bundestagswahl von 1990 am niedrigsten. 1998 und 2005 fielen West und Ost besonders deutlich auseinander. 2009 und 2013 näherten sich alte und neue Länder in der Gesamtschau wieder etwas an, mit dieser Wahl haben sie sich wieder voneinander entfernt. Die Linke gewinnt im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 bei jüngeren Wählern und höher Gebildeten leicht hinzu. Sie wird vorrangig aufgrund ihrer Sachlösungen gewählt, die langfristige Parteibindung hat etwas nachgelassen.

www.die-linke.de

Oskar Lafontaine: Wenn Flüchtlingspolitik soziale Gerechtigkeit außer Kraft setzt

Allen Grund nachzudenken hat die Linke trotz ihres guten Ergebnisses darüber, dass nur 11 Prozent der Arbeitslosen sie unterstützt haben. Der Schlüssel für

diese mangelnde Unterstützung durch diejenigen, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, ist die verfehlte „Flüchtlingspolitik“. Dieser Vorwurf trifft nicht nur die Linke, sondern alle bisher im Bundestag vertretenen Parteien, weil bei ihren Antworten auf die weltweite Flüchtlingsproblematik das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt wurde.

www.neues-deutschland.de

Gysi: Es wäre nicht mehr meine Partei

Richtig ist, dass uns zu wenige Arbeiterinnen, Arbeiter und Arbeitslose wählen. Das war schon seit 1990 ein Problem für uns. Aber dieses Problem löst man nicht dadurch, dass man falsche, halbrechte Positionen in der Hoffnung übernimmt, von mehr Arbeiterinnen, Arbeitern und Arbeitslosen gewählt zu werden. Wenn man mehr soziale Gerechtigkeit will, darf man nicht gegen andere Arme, sondern muss man gegen ungerechtfertigten Reichtum kämpfen. Wechselten wir in dieser Frage unsere Politik grundsätzlich, dann verlören wir viele derjenigen, die uns 2017 gewählt haben, und gewinnen nur wenige hinzu. Meines Erachtens bedeutete dies auch unser Ende als linke Partei. Beschlüsse eine Mehrheit der Partei, was ich mir nicht vorstellen will und kann, eine solche Änderung ihrer Politik in der Flüchtlingsfrage, wäre es auf jeden Fall nicht mehr meine.

www.neues-deutschland.de

Bertelsmannstiftung: Wahlergebnis zeigt neue Konfliktlinie der Demokratie

Die Spaltung der Wählerschaft verläuft mittlerweile zwischen den Skeptikern und Befürwortern der sozialen und kulturellen Modernisierung. In modernisierungsskeptischen Milieus identifizieren sich die Menschen mit Begriffen wie „Tradition“ oder „Besitzstandswahrung“. Für modernisierungsoffene Milieus sind dagegen „Grenzüberwindungen“ und „Beschleunigung“ prägende Begriffe. Knapp zwei Drittel aller AfD-Wähler kommen aus Milieus, die eher modernisierungsskeptisch sind. Damit hat die AfD im Parteienspektrum ein Alleinstellungsmerkmal. Nach diesen Ergebnissen würden bei einer großen Koalition 53 Prozent ihrer Wähler aus den Milieus der Modernisierungsbefürworter stammen, und 47 Prozent aus den Milieus der Modernisierungsskeptiker. Bei einer Jamaika-Koalition würde dieses Verhältnis mit 57 zu 43 Prozent deutlicher zugunsten der modernisierungsfreundlichen Milieus ausfallen.

www.bertelsmann-stiftung.de